8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Gut, dann müssen wir die Sitzung jetzt unterbrechen, also die Tagesordnung, und kommen zu den Dringlichen. Das wäre eigentlich schon 16.15 Uhr gewesen. Und wir kommen zur ersten dringlichen Antrag der KPÖ zu ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ist abgesetzt, ok, da steht es oben. Dann ÖVP zur Küche Graz, der Herr Antragsteller ist der Herr Gemeinderat Piffli-Percevic.

8.1 Küche Graz (GR Dr. Peter Piffli-Percevic, ÖVP)

GR Dr. **Piffli-Percevic**:

Frau Vorsitzende, meine Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und -seher:innen zuhause. Gesunde, regionale Ernährung ist ein ganz wichtiger Punkt in der Daseinsvorsorge. Er ist wahrscheinlich vom Thema her der elementarste, dann kommt gleich soziale Kohärenz, auch Kultur und so weiter. Denn ich glaube, wir sind schon mitten in einer, wenn man jetzt das Positive heraushebt aus der vorangegangenen Debatte, befassen wir uns mit Priorisierungskriterien, wenn man es positiv sieht. Zum Teil war es nur Schwarzweißmalerei/Ausspielen gegeneinander. Aber ich glaube und ich bitte, euch da jetzt mitnehmen zu können, dass gesunde Ernährung ganz, ganz wichtig ist. Wenn ich die Daseinsvorsorge eben gerade auch das

soziale Moment genannt habe, gilt für eine Großküche, eine städtische Großküche, auch das soziale Moment in ganz prioritärer Weise. Unsere Küche Graz in der Körösisstraße ist an das Ende ihrer Leistungsfähigkeit gekommen. Und das ist bei der Küche per se, es ist hygienisch alles bestens, aber es wird immer schwieriger. Auch diese Momente. Die Küche Graz, die wir vor Jahren neu aufgestellt haben mit einer einvernehmlichen Vorgangsweise. Ich erinnere mich an diese Aufbruchsstimmung, nur diese Jahre sind ins Land gekommen und in die Stadt und es bedarf neuer Überlegungen. Sie ist technologisch vollkommen am Ende. Die Reparaturen werden immer höher und die Technologien heutzutage sind ganz woanders, es gibt auch die Ersatzteile kaum mehr. Der zweite Moment ist, dass wir derzeit 8.000 Portionen dort herstellen für Kindergärten, Schulen, ist beim Thema Bildung, für soziale Einrichtungen, und wir haben auch Anfragen zum Beispiel aus der Wirtschaft, von Siemens beispielsweise, auch Betriebe mit gesunder Ernährung ausstatten zu können, was, wenn der Businessplan richtig ausgelegt wird, sogar zu einer Kostenstützung für sozusagen die primären Motivationen und die Versorgungsaufträge führen würde. Was wir fordern, ich darf das jetzt erbitten, ersuchen zu prüfen, weil das ist ja höchst relevant finanziell. Wir wollen da gar keine budgetären Beschlüsse fassen. Es hat in der vergangenen Periode umfangreiche Vorarbeiten gegeben. Planungen, der Standort in der Körösisstraße ist auch für jede Ersatzinvestition nicht mehr geeignet. Wir haben schon neue Standorte im Blick. Ob die ausreichen, hängt auch von der Dimension ab, wie diese Ersatzinvestitionen und welche Technologie stattfinden wird. Es gibt, und das ist jetzt einer der Hauptpunkte, die Anträge liegen Ihnen vor, auch den Green Deal der Europäischen Union, und es gibt bei uns auch vom Feld oder vom Garten auf den Teller. Auf Englisch heißt das im Rahmen des Green-Deal-Programms, mir war das nicht so bewusst, from Field to Fork, also vom Feld zur Gabel. Wir wollen hier diese Schwerpunkte der EU, dem Green Deal, eine wesentliche Förderungsschiene auch ermöglichen, ersuchen, das wurde auch schon vorgedacht, das wurde auch nicht von uns erfunden, aber wir wollen Mut machen, hier diese Untersuchungen fortzuführen, mit all diesen Argumenten, die zum Teil nicht flächendeckend festgehalten sind, Frau Bürgermeisterin, ist vor allem in deinem Ressort, es geht auch um die Regionalität und

die ja überall in der Spitalsversorgung und so weiter ganz oben steht. Auch hier gibt es bis hin zur genossenschaftlichen Belieferungsmodellen. Jetzt durch die Energiekrise wird ja auch bei den Produzenten, bei den kleineren, auch größeren landwirtschaftlichen Produzenten, eine völlig neue Herausforderung schlagend durch die Energiekosten. Also vielleicht ist es auch möglich, durch ein neues Regionalitätskonzept bei der Küche Graz hier auch im Interesse einer gesunden Ernährung, aber auch einer Ernährungssicherheit, die ebenfalls ein wichtiges Kriterium ist in diesen Zeiten, hier die auf diesen Fährten diese Planungen weiter fortzuführen. Das ist der dringliche Antrag, gegliedert in mehrere Punkte. Ich ersuche euch um Zustimmung. Es geht um eine weitere Prüfung an entlang dieser Gedanken und Argumentationskorridore. Frau Bürgermeister, ich darf dich da nochmals persönlich ansprechen und ersuche dich um Unterstützung für unseren dringlichen Antrag. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Küche Graz, vormals auch Zentralküche genannt, ist eine wichtige und nicht mehr wegzudenkende Stütze für die Stadt Graz vor allem im Bereich der sozialen Aufgabenerfüllung, die tagtäglich für gut 150 Einrichtungen über 8.000 gesunde und vielfältige Mahlzeiten zubereitet und liefert. Dazu zählen viele Grazer Kinderkrippen, Kindergärten, Schulen oder Horte, sowie eben soziale Einrichtungen.

Das Team der Küche Graz arbeitete gemeinsam mit Styria vitalis an der „Herausforderung Gemeinschaftsverpflegung“ und an der Optimierung der Mittagsverpflegung. In diesem Zusammenhang wurden u.a. Adaptionen im Speiseplan vorgenommen, um noch mehr Vielfalt und Regionalität bei den Speisen bieten zu können, es wurden neue Rezepturen und Zutaten erprobt und nachhaltig verankert.

Die inhaltliche und qualitative Optimierung wurde in den letzten Jahren unter Stadtrat Kurt Hohensinner massiv ausgebaut und vorangetrieben. Denn gesunde Ernährung für

unsere Kinder ist der Grundstein für ein weiteres gesundes und aktives Leben. Dazu gab es seitens des Kinderbüros, in Kooperation mit dem Amt für Jugend und Familie, eine eigene Familienbefragung zum Thema „Essen an Schulen“.

Mittlerweile ist die Küche Graz aber an bzw. über ihre Belastungsgrenzen gekommen. Die jährlichen Instandhaltungs- und Reparaturkosten steigen. Um ein Beispiel zu nennen: die Reparatur nur eines großen Kochtopfes inklusive Elektronik kostet mehr als 100.000 Euro.

Auch viele Zulieferfirmen können die gewünschten Ersatzteile nicht mehr liefern, weil diese nicht mehr lagernd bzw. zeitgemäß sind.

Auch der Standort der Küche Graz, inmitten eines Wohngebietes, ist nicht mehr dem Stand der Technik entsprechend. Die Arbeitszeiten inklusive der für den Betrieb notwendigen LKW-An- und Abfahrten sind schon frühmorgens wahrnehmbar und der damit einhergehende Lärmpegel eine Belastung für die Nachbarschaft. Am jetzigen Standort zu wachsen, ist infrastrukturell ebenfalls nicht möglich.

Die Stadt Graz wächst! Erst im Oktober vermeldete Frau Bürgermeisterin eine interessante Zahl. Erstmals gab es in Graz mehr als 300.000 Einwohner. Es ist also nur logisch, wenn man daher auch die Modernisierung und Kapazitäten der Küche Graz mitberücksichtigt, denn alles in allem ist der Status quo am jetzigen Standort weder nachhaltig noch wirtschaftlich sinnvoll oder zukunftsfähig.

Unter Stadtrat Hohensinner als Sozialreferent wurde dies bereits in der vergangenen Regierungsperiode erkannt und wurden gemeinsam mit Expert:innen der Gemeinschaftsverpflegung und der Küche Graz eine Vorgehensweise vorbereitet, um weiter modern und zukunftssicher agieren zu können.

So existieren bereits entsprechende Planungen für ein neues Grundstück für die Küche Graz. In einer Kooperation mit der Landwirtschaftskammer Steiermark, bei der auch

kleinere landwirtschaftliche Produzenten durch Bündelung in einer Genossenschaft eine Chance auf Belieferung von Großküchen erhalten sollen, kann dem Ziel der Regionalität, aber auch der in Zukunft so wichtigen Lebensmittel-Souveränität in einem großen Schritt nähergekommen werden. Damit wird die Bereitstellung und Auslieferung von über 15.000 Portionen täglich ermöglicht.

Zur Umsetzung kam es nicht mehr; die Wahl und der Wahlausgang änderten auch die Ressortzuständigkeit. Nun ist seit dem Regierungswechsel ein Jahr vergangen. Die Küche Graz wartet nach wie vor auf Entscheidungen.

Besonders ist darauf hinzuweisen, dass für ein so ausgerichtetes Vorhaben (sichere Lebensmittelversorgung mit regionaler Schwerpunktsetzung, wozu auch der Aspekt der Versorgung mit gesunden Lebensmitteln zählt) das EU-weite Programm Farm to Fork strategy for a fair, healthy and environmental-friendly food system eingerichtet wurde. Bei Ausrichtung nach diesem Programm, und das kann und soll hier der Fall sein, sind Mittel aus dem European Green Deal verfügbar.

Um den Betrieb der Küche Graz und damit einhergehend die Verpflegung für tausende Kinder, Jugendliche und Erwachsene für die nächsten Jahrzehnte nachhaltig zu sichern, stelle ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat bekennt sich zur Wichtigkeit der Küche Graz.

Bürgermeisterin Elke Kahr möge im Rahmen Ihrer Zuständigkeit

- 1. die Ergebnisse der Familienbefragung des Kinderbüros in die weiteren Planungen der Küche Graz miteinbeziehen;*

2. *die Prüfung eines Neubaus der Küche Graz schnellstmöglich veranlassen und bis Februar 2023 einen Zwischenbericht dem Gemeinderat vorlegen;*
3. *die Prüfung, wie Synergien mit der regionalen Landwirtschaft in eine Neugestaltung der Küche Graz miteinbezogen werden können, veranlassen;*
4. *alle Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Mitteln aus dem European Green Deal: Farm to Fork strategy for a fair, healthy and environmentally-friendly food system prüfen, was erfordern würde, die weiteren Planungen auch in dieser Ausrichtung fortzusetzen, sowie*
5. *aufgrund der angespannten Budgetsituation, verschiedene Modelle der Betriebsführung (städtisch, Eigenbetrieb, GmbH etc.) für eine Neuausrichtung der Küche Graz prüfen und dem Gemeinderat bis Februar 2023 einen Bericht dazu vorlegen, damit die Küche Graz zukunftssicher den geforderten Bedarf in einem modernen und zeitgemäßen Umfeld abdecken kann.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Lieber Peter Piffel-Percevic, herzlichen Dank für das engagierte Plädoyer. Ich kann dem nur zustimmen, und zwar seit dem Tag, seit ich das Sozialamt politisch verantworten darf. Das war unmittelbar, glaube ich, gleich nach Weihnachten, war ich vor Ort, auch bei der Küche Graz. Warum? Weil natürlich die Abteilungsleiterin Andrea Fink über die Problematik im ersten Jour Fixe schon darauf aufmerksam gemacht hat, dass die Küche Graz und alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort schon seit vielen, vielen Jahren an Kapazitätsgrenzen stoßen. Und ich möchte an dieser Stelle, und ich glaube, Sie stimmen mit mir alle überein, mich bei all diesen Kolleg:innen auch ganz herzlich bedanken, weil das ist keine Kleinigkeit, was die tagtäglich dort leisten, nämlich wirklich unsere Kleinsten sozusagen tagtäglich mit Essen zu versorgen und das in einer unheimlichen Kreativität, weil, wie schon angesprochen, schon seit Jahren bekannt ist,

dass sie dort an Engpässe stoßen, ein herzliches Danke einmal an alle Kolleginnen und Kollegen dort (*Appl.*).

Und es ist völlig richtig, wie du sagst, 2018 sind das erste Mal sozusagen darüber auch die ersten Überlegungen angestellt worden, wie man das bewerkstelligen kann. Vieles hast du davon angesprochen, Pronegg & Partner haben, das ist sozusagen das Team, mit dem das Sozialamt immer sehr stark zusammenarbeitet, auch erste Überlegungen angestellt, die ganzen Thematiken um Regionalität, unsere Stadtbauern oder die immer alle miteinzubeziehen. Das ist alles richtig und auch gut so. Mittlerweile ist es aber so, und das ist wichtig, dass Sie das wissen, dieses Projekt Küche Graz und die Kapazitätsausweitung, nicht nur, dass es an diesem Standort nicht mehr möglich ist, dort geht nichts mehr, weder zu sanieren noch am Standort selbst etwas auszuweiten, das muss man einfach wissen, sind dann erste Kostenschätzungen gemacht worden. Die sind aber bei 13 Millionen, das war ganz am Beginn, wie wir das übernommen haben, also als ich das Ressort übernommen habe, waren wir schon bei 15 Millionen, mittlerweile ist schon klar, dass es durch die Preissteigerungen jetzt nicht nur bei dem Neubau dieses Objekte, sondern vor allem auch durch die Gerätschaften, die da gebraucht werden, das ganze Inventar, da reden wir ja von einer Großküche, und sie soll ja nicht nur in der jetzigen Auslieferungskapazität, sondern wir möchten das ja gerne gleich nutzen, um noch mehr Portionen auszuweiten, weil das letztendlich uns auch mittelfristig mehr Einnahmen bringt und wir noch mehr Leute eigentlich damit beliefern könnten, wir liegen dann aber hier bei ca. um die 20 Millionen. Im Jänner/Anfang Februar werden da die Schätzungen da sein, aber das viel Wichtigere war eigentlich, und das war noch nicht zum Zeitpunkt, als ich das übernommen habe, das Hauptproblem war, wir haben eigentlich kein Grundstück gehabt. Und das haben wir in der Zwischenzeit, und das ist eigentlich ein Glück und ein Zufall eigentlich, dass wir noch ein im Besitz der Stadt Graz befindliches Grundstück sichern konnten für uns, und da möchte ich auch danke an den Finanzstadtrat und Liegenschaftsreferenten Manfred Eber und auch an die Holding Graz sagen, die da sehr schnell agiert haben, sodass wir einmal dieses Grundstück für uns, für die Küche Graz, überhaupt sichern konnten. Das ist einmal der Grund, das Fundament, damit wir überhaupt was bauen

können. Und insofern ist das ein Projekt, das laufend bei uns in Arbeit ist. Dringlich zwar in der Sache schon seit Jahren, aber es ist nicht dringlich, dass man extra eine Aufforderung braucht, weil wir nichts anderes tun, als ständig daran zu arbeiten. Und ich hoffe, dass wir dann mit dem Budgetbeschluss sozusagen dann auch die Mittelfristplanung für die ganzen Errichtungskosten und das Konzept, wie wir es angehen möchten dann, Ihnen dann präsentieren können. Aber das ist natürlich, 20 Millionen, das ist das größte Petitionsprojekt, was wir im Sozialamt bei uns auf der Agenda haben und nicht irgendwo, sondern das ist das erste. Das möchte ich dir einfach sagen, und somit kann ich dir nur sagen, dass die Dringlichkeit gegeben ist, weil es eh für uns schon immer dringlich ist. Also es gibt keine Notwendigkeit, dem heute so zuzustimmen. Aber ich danke trotzdem, weil es nichts schadet, dass der ganze Gemeinderat und auch die Zuhörer:innen wissen, dass dieses wichtige Projekt einfach auch umzusetzen ist. Und ich hoffe auch, dann, wenn wir mit dem Vorschlag und den Stücken entsprechend kommen, dass das auch auf Ihre Zustimmung stoßen wird. Es gibt eh davor die Diskussionen in den jeweiligen Ausschüssen. Danke (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (16.35 Uhr).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit:**

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Peter Piffli-Percevic. Danke für diesen Antrag, der ein sehr wichtiges Thema adressiert. Ich möchte noch einmal auf den größeren Kontext auch eingehen. Ich habe das das letzte Mal auch schon mit der Frage zum Thema Bauernmärkte getan. Es geht um den Zugang eigentlich der Menschen in Graz zu frischen, zu hochqualitativen, zu naturverträglich produzierten Lebensmitteln. Und die Küche Graz liefert da natürlich einen sehr wichtigen Beitrag dazu. Und das Spannende ist natürlich auch, dass das ein Bereich ist, wo wir als Stadt direkten Einfluss haben und den sollten wir natürlich auch nutzen. Noch mehr, wenn da EU-Gelder möglicherweise abgeholt werden können, noch mehr, wenn es auch schon

diese Pläne gibt auch für Neuausrichtung, einen Neubau und noch mehr, wenn wir auch wissen, dass wir eigentlich in Graz und in der Umgebung viele landwirtschaftliche Betriebe haben, die eben regionale, saisonale Lebensmittel zur Verfügung stellen. Insofern inhaltlich natürlich zu unterstützen. Frau Bürgermeisterin hat schon ausgeführt, dass es jetzt deswegen nicht dringlich ist, weil eben daran gearbeitet wird, aber wir werden natürlich auch in der Koalition daran arbeiten, dass in diesem größeren Kontext entsprechend etwas weitergeht. Und das steht ja im Koalitionsprogramm, also dieses Thema, dass das wichtig ist. Und eines möchte ich in dem Zusammenhang auch ankündigen, weil uns, gerade als Grüne, dieses Ernährungsthema sehr wichtig ist, wollen wir im Februar eine Enquete im Rathaus organisieren zum Thema nachhaltige Lebensmittelversorgung in Graz, eben mit Stakeholdern mit den relevanten Akteur:innen aus Verwaltung, aus Politik, aus Zivilgesellschaft, aus Wissenschaft und aus Wirtschaft, wo wir dann eben über Ideen für weitere Schritte auch nachdenken, jetzt nicht nur über Bauernmärkte und die Küche Graz, sondern wirklich über den großen Kontext. Da wird es in den nächsten Tagen eine Ausschreibung geben und auch die Einladung an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich hier an mich zu wenden. Da können wir uns noch einiges überlegen. Danke (*Appl.*).

GR Dr. Piffl-Percevic:

Ich danke, dass alle Gedankenstränge Widerhall gefunden haben und auch durchaus in den Wortmeldungen auch noch ergänzende, wertvolle Argumente dazugestellt wurden und ich ersuche daher den Gemeinderat in dieser Hinsicht, alle Anstrengungen möglichst gemeinsam ins Ziel zu bringen. Herzlichen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) abgelehnt.

8.2 Maßnahmen gegen Klima-Kleber (GR Martin Brandstätter, ÖVP)

GR Brandstätter:

Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin. Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Alle Menschen haben das Recht, sich friedlich zu versammeln, besagt Artikel 11 Europäische Menschenrechtskonvention. Das Eigentum ist unverletzlich, Artikel 12 Staatsgrundgesetz, jede Person hat das Recht auf körperliche Unversehrtheit und geistige Unversehrtheit, Grundrechtecharta, Artikel 3. Warum sage ich Ihnen das? Das Demonstrationsrecht ist ein ganz, ganz hohes Gut und zum Glück in Österreich in Verfassungsrang durch die Versammlungsfreiheit statuiert. Aber, und das ist wichtig bei Grundrechten, Grundrechte gelten nicht ganz grundsätzlich, sondern sie müssen immer abgewogen werden mit anderen Grundrechten. Und wenn wir jetzt die Versammlungsfreiheit hernehmen und sagen, ja, Gott sei Dank gibt es die, dann gibt es auch andere Grundrechte, wie die vorher genannten, die zurzeit unter anderem von den Klimaklebern missachtet werden. Wenn ein Grundrecht nicht ausgeübt werden kann, ohne ein anderes Grundrecht zu berühren, dann zeigt der Verfassungsgerichtshof in ständiger Rechtsprechung, dass diese Grundrechte miteinander abzuwägen sind. Und wenn wir diese Abwägung vornehmen, dann können wir aus meiner Sicht nur zu folgenden Ergebnissen kommen: Nein, es ist nicht in Ordnung, die Gesundheit anderer Menschen zu gefährden, nicht einmal dann, wenn man sein Demonstrationsrecht für ein so wichtiges Thema wie den Klimaschutz einsetzt. Warum spreche ich von Gefährdung? Erst am Montag haben wir die dritte Protestaktion der Klimakleber in Graz erlebt. Und wenn man sich die Fotos anschaut, dann muss man sehen, dass durch den Stau, der sich dort entwickelt hat, und unter anderem auch, durch die Menschen, die die Straße blockiert haben, unter anderem dadurch, dass sie sich ja festgeklebt haben, beispielsweise Einsatzkräfte nicht an einen Ort kommen konnten, wo Menschen in ihrer Gesundheit oder sogar in ihrem Leben gefährdet sein könnten. Sollte ein Einsatzfahrzeug so an einem menschenrettenden

Einsatz gehindert werden, ist die Gesundheit von Menschen und im schlimmsten Fall das Leben von Menschen in Gefahr. In Berlin hat es so einen Fall tatsächlich gegeben, dieselbe Gruppe, die Letzte Generation.

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Brandstätter:

Doch, es hat diesen Fall gegeben. Die Gefährdung ist dann tatsächlich nicht deswegen eingetreten, weil es verhindert wurde, aber sie hätte eintreten können, und schon alleine das berührt den Straftatbestand des Artikel 89 Strafgesetzbuch. Und nein, es ist auch nicht in Ordnung, erpresserisch vorzugehen, um politische Forderungen durchzusetzen, auch dann nicht, wenn es um ein so wichtiges Thema wie den Klimaschutz geht. Warum rede ich von Erpressung? Mitglieder der Letzten Generation haben geäußert, dass sie mit ihren Protestaktionen erst aufhören werden, wenn die von ihnen geforderten Maßnahmen umgesetzt werden. Das ist keine Ausübung des Demonstrationsrechtes, das ist mutmaßlich Nötigung, § 105 Strafgesetzbuch. Und ja, es ist vielleicht in Ordnung, mit Protestaktionen Menschen gegen sich und das eigene Anliegen aufzubringen, anstatt die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger für das eine eigene Anliegen zu begeistern. Aber es ist wirklich nicht intelligent. Warum? Weil die Wahrheit ist, dass man in einer Demokratie nur dann etwas voranbringen kann, wenn man die Mehrheit von seinen Ideen überzeugen kann. Und das haben die Klimakleber augenscheinlich nicht geschafft. Zum Beispiel, wenn man sich anschaut, dass in Umfragen manche nur 21 % derartige Aktionen gut finden. In anderen Umfragen handelt es sich dabei sogar um nur 9 %, die die Aktionen gutheißen. Das heißt, man bringt bei einem so wichtigen Anliegen wie dem Klimaschutz eigentlich mehr Menschen gegen sich auf, anstatt sie für das eigene Anliegen zu begeistern. Was die jungen Menschen stattdessen tun könnten: Sie könnten sich in der Freizeit politisch betätigen und die in einer Demokratie zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um

dann auch tatsächlich sich Gehör zu verschaffen. Und ja, darunter würde auch eine gesetzmäßige Ausübung des Demonstrationsrechts fallen, die erfolgt durch die Letzte Generation schon lange nicht mehr. Aus meiner Sicht dürfen wir aber als Stadt Graz bei derartigen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung nicht tatenlos zuschauen. Genauso, wie wir den Klimaklebern das Handwerk legen sollten, sollten wir alles tun, um den Klimaschutz auch in unserer Stadt voranzubringen. Um nichts anderes geht es in meinem Antrag, da geht es auch darum, dass die abgesagt Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs nicht abgesagt wird, dass wir endlich die notwendige Sanierung von Gemeindewohnungen vornehmen. Und ich kann Sie nur darum bitten, diesem wichtigen Anliegen in Bezug auf den Klimaschutz und der Verhinderung von solchen Aktionen, die tatsächlich Menschenleben gefährden können, zuzustimmen. Viele Dank (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Am Montag, dem 12. Dezember haben Klimaaktivisten und -aktivistinnen zum dritten Mal Straßenzüge der Stadt Graz im Morgenverkehr gesperrt, indem sie die Straße durch ihre Person und teilweise durch Ankleben auf der Straße blockiert haben. Als Grazer Volkspartei bekennen wir uns zu umfassenden Klimaschutz im Sinne der ökosozialen Marktwirtschaft. Die mutwillige Zerstörung von Eigentum und die Gefährdung anderer Menschen, um den eigenen Anliegen Gehör zu verschaffen, lehnen wir jedoch strikt ab. Das grundrechtlich geschützte Demonstrationsrecht muss immer auch im Einklang mit anderen Grundrechten, wie jenem auf körperliche Unversehrtheit oder dem Eigentumsrecht, stehen.

Wer ganz bewusst Kunstwerke zerstören will oder Staus provoziert, die andere Menschen gefährden, sobald Einsatzkräfte bei ihrer Einsatzfähigkeit behindert werden und so im schlimmsten Fall Menschenleben gefährdet, kann sich aus unserer Sicht nicht auf das Demonstrationsrecht berufen. Das Demonstrationsrecht gilt nicht absolut und muss im Einklang mit anderen Grundrechten und gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt werden. Deshalb ist es notwendig, jetzt die richtigen Vorkehrungen zu treffen, um eine

Gefährdung der Gesundheit anderer Menschen zu verhindern. Dazu braucht es gesetzliche Vorgaben, die der Exekutive einen klaren Rahmen geben, innerhalb dessen sie härter und schneller gegen Klima-Kleber vorgehen kann.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass

- *die zuständigen Stellen damit beauftragt werden ein Konzept auszuarbeiten, welches darüber aufklärt, welche gesetzlichen Maßnahmen auf welcher politischen Ebene eingefordert werden müssen, um auch in der Stadt Graz wirksam gegen diese im Motivenbericht beschriebene Art der Gefährdung der Allgemeinheit vorgehen zu können – selbstverständlich sind dabei die von der Verfassung vorgegebenen Grundsätze zu berücksichtigen und ist der zuständige Ausschuss darüber im Februar 2023 zu unterrichten;*

- *die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, zu prüfen, wie Maßnahmen zur Umsetzung des Klimaschutzplans der Stadt Graz noch schneller vorangetrieben werden können, wie beispielsweise auch die dringend notwendige thermische Sanierung von Gemeindewohnungen oder die in Umsetzung befindliche Dekarbonisierung des öffentlichen Verkehrs. Ein entsprechender Fahrplan ist dem zuständigen Ausschuss bis Februar 2023 vorzulegen.*

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Dankeschön, wenn Sie einverstanden sind, würde ich auch den Herrn Gemeinderat Michael Winter bitten, den inhaltlich eigentlich, also nicht vom Antrag her, aber es geht um dasselbe Thema, auch seinen dringlichen Antrag gleich vorzutragen.

**8.3 Proteste der Klima-Chaoten
(GR Mag. Michael Winter, KFG)**

GR Mag. **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Der Kollege Brandstätter hat schon sehr, sehr viele Punkte richtig angesprochen. Wir alle wissen, die Proteste der Klima-Chaoten haben mittlerweile auch unsere Stadt erreicht. Die Protestler kleben sich an den Straßen fest. Die Folgen sind uns auch mittlerweile alle bekannt, enorme Staubbildung, Verspätungen, zusätzliche Abgase und der Ärger und das Unverständnis der großen Mehrheit der Bürger in der Stadt. Und zu Recht hat die große Mehrheit der Bürger keinerlei Verständnis für diese nutzlosen, destruktiven und bis zu einem gewissen Grad auch asozialen Formen des Protestes. Keine Frage, das Versammlungs- und das Demonstrationsrecht sind hohe Güter, die in unserer Verfassung zu Recht einen hohen Stellenwert besitzen und in der Verfassung verankert sind. Aber eines ist auch klar, dieses Versammlungsrecht, dieses Demonstrationsrecht kann nicht schrankenlos existieren. Und das kann eingeschränkt werden. Und der Blick ins nahe Ausland, nämlich nach München, beweist, dass aufgrund einer präventiven Gefahrenabwehr Proteste, Demonstrationen bis zu einem gewissen Grad eingeschränkt werden können und auch sollen. München hat das Verbot der Organisation, der Teilnahme, aber auch der Durchführung solcher Klimakleber-Proteste bis Mitte Jänner fürs erste festgelegt. Und aus meiner Sicht muss München für Graz diesbezüglich eine Vorbildfunktion eingeräumt werden. Und ich glaube, mittlerweile ist es auch Zeit, dass diese links-linke Stadtregierung bis zu einem gewissen Grad auch Farbe bekennt, weil man bisher sehr, sehr wenig zu diesen Protesten von ihrer Seite gehört hat. Und daher stellt sich für die große Mehrheit der Bürger mittlerweile berechtigterweise die Frage: Unterstützen Sie diese Klima-Chaoten, die hier das Versammlungs-, die das Demonstrationsrecht missbrauchen, um hier einerseits einen riesigen Schaden für die Stadt anzurichten, aber auch eine große Mehrheit der Bürger zu verärgern? Wir stehen sicher nicht hinter diesen Klima-Chaoten und wir möchten, und in diese Richtung geht unser Antrag, klar ausgelotet

wissen, inwiefern diesen Klima-Chaoten rechtlich ein Riegel vorgeschoben werden kann, inwiefern hier die Schranken auch klar aufgezeigt werden müssen. Und daher der Wortlaut des

Antrages:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz wollen mit der Landespolizeidirektion als zuständige Sicherheitsbehörde in Kontakt treten und eruieren, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, die im Motiventext erwähnte Gefährdung durch die Klima-Chaoten zu unterbinden.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Ohne Zweifel stellen die Versammlungs- bzw. Demonstrationsfreiheit hohe und schützenswerte Grundrechte in einem jeden Rechtsstaat dar, welche auch zurecht in der Verfassung verankert und durch diese geschützt werden. Demonstrations- bzw. Protestformen, die zum Schaden der großen Anzahl der Bürger führen sowie dem öffentlichen Interesse massive zuwiderlaufen, fallen aber nicht darunter.

Nahezu täglich finden mittlerweile auch in Österreich höchst destruktive Demonstrationen von sogenannten „Klima-Aktivisten“ statt, die sich im Namen des Klimaschutzes an neuralgischen Verkehrsknotenpunkten am Asphalt mit ihren Händen ankleben. Auch unsere Landeshaupt Graz ist von dieser Form der fragwürdigen Demonstrationen durch radikale Klimahysteriker bislang leider nicht verschont geblieben.

Der Straßen- bzw. Flugverkehr wird dadurch oftmals zum Schaden und dem Ärger der großen Mehrheit der Bürger über Stunden lahmgelegt. Die Folge sind massive Staubildungen bzw. Verspätungen aller Verkehrsteilnehmer. Zu Recht hat die

überwiegende Mehrheit der Bürger keinerlei Verständnis für diese Klima-Chaoten und ihre höchst destruktive (und nutzlose) Form des Protests.

Ein Blick in das europäische Ausland zeigt, dass auch in vollentwickelten Rechtsstaaten eine Einschränkung des Versammlungs- bzw. Demonstrationsrechts hinsichtlich dieser Form des Protests der Klima-Kleber rechtlich möglich ist. So hat etwa Bayerns Landeshauptstadt München diesbezügliche Demonstrationen sowie auch die Organisation derartiger Proteste der sogenannten Klimaaktivisten mit dem Argument „der präventiven Gefahrenabwehr“ untersagt, da die Hauptstraßen für Einsatz- und Rettungsfahrzeuge jederzeit ungehindert befahrbar sein müssen.

Auf Grund der jüngsten Straßenblockaden der Klima-Chaoten, die das Versammlungs- und Demonstrationsrecht zum Nachteil der großen Mehrheit der Grazer Bürger missbrauchen, besteht auch in der Murmetropole der dringende Bedarf, die rechtlichen Rahmenbedingungen zur konsequenten Unterbindung dieser Form des Protests der Klima-Kleber gemeinsam mit den zuständigen Sicherheitsbehörden auszuloten.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz wollen mit der Landespolizeidirektion als zuständige Sicherheitsbehörde in Kontakt treten und eruieren, welche rechtlichen Möglichkeiten es gibt, die im Motiventext erwähnte Gefährdung durch die Klima-Chaoten zu unterbinden.

KO GR **Dreiebner:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung und des Gemeinderates, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher, hier physisch vor Ort und am Livestream, Antragsteller Brandstätter und Mag. Winter. Ich finde es grundsätzlich schon sehr spannend, wenn ein Magister der Rechtswissenschaften hier von einem Missbrauch des Versammlungsrechts spricht und wir aber auch wissen, dass er auch in früherer Zeit schon je nach ideologischer Pässlichkeit oder Unpässlichkeit der sich versammelten oder demonstrierenden Personen, Personengruppen ganz unterschiedliche Haltungen einnimmt. Gut, das mag so sein beim Herrn Mag. Winter, nur, und das gilt auch für den Kollegen Brandstätter, glaube ich nicht, dass die Stadt Graz jetzt aus irgendeinem Grund mit der Landespolizeidirektion, mit den Juristinnen und Juristen des Innenministeriums und sonstiger damit befasster Institutionen und Personen, die über die Zulassung, die Einschränkung oder die Untersagung von Kundgebung, Versammlungen etc. zu befinden haben und dann eben auch die Exekutive als die ausführenden Organe hinzuziehen kann, dass wir das in irgendeiner Form anstoßen, steuern oder sonst was sollten. Auch der Vergleich mit München gilt nicht, weil, wie wir wissen, ist Deutschland zwar auch Mitglied der EU, ist aber ein Nationalstaat mit einer teilweise sehr unterschiedlichen Verfasstheit und mit unterschiedlichen Gesetzen zu Österreich. Das ist in Österreich eben nicht so, dass eine Stadt solche befristeten Untersagungen aussprechen kann, und ich bin auch nicht dafür, dass wir das tun, nur weil es sich der Herr Mag. Winter gerade wünscht. Ich bin auch ein bisschen irritiert, wenn jemand permanent von der Notwendigkeit, für Klimaschutz einzutreten und von den Folgen des Klimawandels, der Klimakatastrophe spricht, andererseits aber genau jenen Menschen, die das aufzeigen wollen, auch wenn die Mittel extrem oder extremer sind, das wiederum bekämpfen will. Das ist irgendwie keine klare Botschaft, Herr Kollege Brandstätter. Was will ich damit sagen? Wenn ihr Fragen habt in diese Richtung, wenn ihr Ideen habt in diese Richtung, Kollege Winter, Kollege Brandstätter, dann redet doch mit den Leuten in der Landespolizeidirektion, die werden euch sicher die Auskünfte erteilen, was rechtlich möglich und nicht möglich ist und was sie zu tun gedenken beziehungsweise schon

getan haben in den verschiedensten Fällen von Kundgebungen, um das ganz allgemein zu platzieren. Wir brauchen uns da als Stadt nicht einmischen. Das ist nur eine Verpolitisierung von einer Sache, die juristisch zu entscheiden ist, Gott sei Dank, zu entscheiden ist, weil es um ein hohes Grundrecht geht, und es nicht in Gemeinderatsstuben, Landtagsstuben oder in Parlamenten ausverhandelt werden soll, noch dazu, wo wir keine gesetzgebende Körperschaft sind. Kurzum, beide dringlichen Anträge werden von uns, der SPÖ, der KPÖ, den Grünen keine Dringlichkeit erhalten. Aber wie gesagt, einen Weg hätte ich euch versucht aufzuzeigen, redet mit der Landespolizeidirektion darüber. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Herlicska:

Sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Stadtregierung, liebe Antragsteller. Wie es der Herr Dreisiebner vorher schon vorweggenommen hat, wir werden auch der Dringlichkeit dieses Antrags oder dieser Anträge nicht zustimmen. Ganz einfach aus dem Grund, dass es hier sowieso schon eine klare Rechtslage gibt, wo es auch schon von einer zuständigen Stelle eine Auskunft gegeben hat, nämlich strengere Strafen oder andere Strafen von der Stadt Graz sicher nicht in ihrem Wirkungsbereich umgesetzt werden könnten. Von dem her ist es auch nicht notwendig, weitere etwaige zuständige Stellen damit zu bemühen. Es gibt das viel bemühte Versammlungsrecht, von dem wir heute jetzt schon sehr oft gehört haben, was ein sehr hohes Gut ist. Von dem ich persönlich ja auch schon öfter Gebrauch gemacht habe in meiner mittlerweile 17-jährigen politischen Laufbahn, und es gibt ja die Möglichkeit, dass dieses Versammlungsrecht genutzt wird. Und wie wir auch schon gelernt haben, können dann die zuständigen Behördenleiter an Ort und Stelle die Demonstrierenden dazu aufrufen, diese nicht angemeldete Versammlung aufzulösen, wenn sie in das Recht Dritter eingreifen und die öffentliche Ordnung stören. Das ist auch bei den Aktionen, die jetzt in Graz und in Österreich stattgefunden haben, passiert, und im gegebenen Fall sind dann eben die Aktivistinnen und Aktivisten da eben aufgerufen, diese Versammlung abubrechen. Wird das nicht gemacht, wird die Versammlung aufgelöst und im Falle

des Falles wird danach eine Anzeige gemacht. So wird das behandelt, und was ich mitbekommen habe, handeln da die Beamtinnen und Beamten wirklich vorbildlich und in dem Bereich, wie man sich es auch für andere Aktivistinnen und Aktivisten oft schon gewünscht hätte. Was wirklich dringlich ist, ist nicht die Art und Weise, wie auf diese Themen des Klimawandels und der Klimakatastrophe hingewiesen wird, sondern das, was wirklich dringlich ist, ist die von Menschen geschaffenen Klimakrise, die immer mehr zu einer von Menschen und von einem kapitalistischen System geförderten Klimakatastrophe wird. Und ich denke, darauf mit extremen Mitteln zu reagieren, ist nachvollziehbar, auch wenn es nicht meine persönliche Art und Weise wäre, mich mitzuteilen. Ich wähle dazu, wie man hier auch sieht, andere Mittel. Der Klimawandel und die Auswirkungen treffen die ganze Welt und auch die Stadt Graz ganz besonders, wie man unserem Klimaschutzplan entnehmen kann, und zwar überdurchschnittlich, und da möchte ich auch sagen, dass die Verantwortlichen der Stadt Graz, also das Umweltamt und alle anderen Magistrate, endlich das Go bekommen haben, mit dieser neuen Regierung diese Dinge in Angriff zu nehmen, nicht nur den grünen Anstrich zu machen, sondern Dinge auch umzukrempeln. Das haben wir alle miteinander einstimmig beschlossen und ich hoffe, dass wir dieses dringende Thema auch weiterhin so behandeln werden und zwar, dass man das Thema Klimawandel bei uns in der Stadt Graz weiterhin, so wie wir das jetzt angefangen haben, mit Hand und Hirn und Herz verfolgen wird. Dankeschön (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Werte Frau Bürgermeisterin, mir steht es, glaube ich, zu, dass ich mich einfach nur wundere. Ich bin jetzt schon sehr lange in dem Gemeinderat und wir diskutieren oft darüber, was dringlich ist und was nicht dringlich ist. Und jetzt gibt es diese Klimakleber, die ganze Stadt diskutiert, streitet. Wir haben schon drei Mal in der Früh extreme Staus erlebt und ihr erklärt uns hier wortreich, dass dieses Thema nicht dringlich ist. Also ich muss mich da wirklich wundern. Vielleicht eingangs zwei Bemerkungen aus meiner Sicht, Klebstoff ist kein Bindemittel für die Gesellschaft. Ich

glaube, da sind wir uns einig. Und auf der anderen Seite, wir müssen alles daransetzen, dass wir die Klimawende zusammenbringen, dass wir das Klimaruder herumreißen, nur bin ich wirklich felsenfest davon überzeugt, dass diese Aktionen dieser Klimakleber nichts dazu beitragen. Ganz im Gegenteil, es verursacht eine Gegenreaktion. Wenn man zuschaut, also in den neuen Medien, wenn man die Ohren aufmacht, dann bekommt man mit, dass dieses Thema, dass diese Aktionen Graz spalten. Die Mehrheit ist dagegen, das heißt, wir werden diese übergehende Mehrheit nicht auf den Weg in Richtung sanfte Mobilität, in Richtung Klimaschutz mitnehmen können. Diese Aktionen verursachen zusätzliche Emissionen. Ich weiß nicht, Karl Dreisiebner, ob du in der Früh schon so früh aufstehst und einmal dort auch mit dabei warst, welche Staus hier verursacht werden. Und die Gefahr ist da, der Martin Brandstätter hat das auch beschrieben. Auch wenn in Deutschland das Ableben dieser Person jetzt nicht unmittelbar mit dieser Stauverursachung in Verbindung gebracht werden kann, aber es kann so ein mutwillig herbeigeführter Stau dazu führen, dass Einsatzorganisation nicht zeitgerecht am Unfallort ankommen. Deswegen ist das aus meiner Sicht überhaupt nicht nachvollziehbar, warum man versucht, den Klimaschutz über solche Taten, über solche Aktionen voranzutreiben. Viel mehr ist die Regierung in Graz aufgefordert, wirkliche Taten zu setzen und wir können Projekte umsetzen. Ich sage nur, Dekarbonisierungsstrategie jetzt wirklich wieder angehen, nicht absagen, der Vollwärmeschutz, das haben wir heute vom Markus Huber schon gehört, in den Gemeindebauten, in Sportanlagen, Karl Dreisiebner, ich kann erinnern an eine Stadtregierungssitzung, da haben wir darüber diskutiert, ob man mit der Temperatur runtergehen kann in Freibädern, etc. Und da hast du, und ich habe dir ja nur zustimmen können, gesagt, wir müssten eigentlich alle Liegenschaften der Stadt Graz anschauen und einen Vollwärmeschutz draufgeben. Also das habe ich auch gut gefunden und da soll man nicht nur darüber reden sollen, sondern das sollte man auch in Angriff nehmen. Und die Frau Vizebürgermeisterin möchte ich auch ansprechen. Wir haben eine Schnittmenge, was die Bewusstseinsbildung betrifft. Wir haben schon einige Projekte in Schulen vorangetrieben, da ist meine Einladung, dass wir diese Projekte auch verstärken. Ich glaube, das Wichtigste ist, dass der Klimaschutz einmal

im Kopf beginnt, und ist die beste Bewusstseinsbildung, wenn wir bei den Kleinsten in der Gesellschaft anfangen. Und ich möchte auch noch ein Thema ansprechen. Ich finde das wirklich ganz, ganz schleißig, dass wir das Klimabudget in den Bezirken wieder zurückgenommen haben. Da gibt es Bezirksvorsteher, die haben ganz tolle Projekte auf die Beine gestellt, ich sage nur zum Beispiel Sepp Schuster, und ich finde es einfach schlecht, dass wir in der kleinsten politischen Einheit jetzt das Geld wieder zurückfahren, im Bezirksrat. Also da ist meine Aufforderung, dass wir diese Budgets auf jeden Fall wieder aufstellen. Und ich möchte schließen mit einem Zitat von Harald Mahrer: „Anpacken statt ankleben.“ (Appl.)

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Ich würde gleich aufgreifen und mich nicht mehr weiter aufhalten mit dem ersten Punkt des dringlichen Antrags vom Herrn Baumgartner, weil, ich glaube, es ist zur Rechtslage, aber auch zur ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Brandstätter, Entschuldigung. Ich war schon im Inhalt. Entschuldigung, Brandstätter. Es ist zum ersten Punkt in dem dringlichen Antrag, und ich differenziere sehr wohl zwischen den beiden dringlichen Anträgen, und vor allem zum ersten Punkt in Ihrem Antrag wurde schon für mich hinlänglich alles gesagt zur Rechtslage, aber auch zur Einstellung. Ich kann da nur der Miriam Herlicska folgen. Deswegen tun wir hier, was wir nur können. Und wir setzten viele Projekte gemeinsam um, das stimmt. Es soll nur, verstehe ich, und deswegen die Dringlichkeit, die wir nicht anerkennen, die Umsetzung des Klimaschutzplans der Stadt noch schneller vorangetrieben werden. Ich weiß nicht, wie die sämtlichen Abteilungen der Stadt Graz, die mit dem Thema befasst sind, noch

schneller arbeiten sollen. Weil das, was die tun seit Monaten unter Federführung vom Herrn Werner Prutsch im Umweltamt und gemeinsam mit dem Thomas Drage und der Stadtbaudirektion als Klimaschutzbeauftragter, ist etwas, was es noch nie gegeben hat, nicht in den letzten Jahren, nämlich eine riesige Anstrengung, endlich die Klimawende in Graz anzugehen und wirklich das Bestreben, wie wir bis 2030 im Haus Graz und bis 2040 in der gesamten Stadt Graz dazu kommen, klimaneutral zu werden. Und das ist ein Monsterprogramm, das die umsetzen. Wir haben hier gemeinsam einstimmig den Klimaschutzplan I beschlossen. Jetzt arbeiten wir am Klimaschutzplan II mit Maßnahmen, Bottom-up, wie ich schon gesagt habe, alle Abteilungen arbeiten da mit. Es wurde mehrmals schon betont, dass das eine großartige Mitarbeit war von allen. Und jetzt wird bewertet, wo sparen wir zuerst ganz viel ein und was bringt vielleicht gar nicht so viel? Damit wäre ich dann schon bei der Dekarbonisierungsstrategie. Natürlich ist sie nicht abgesagt, sie wird nur auf bessere und sinnvollere Beine gestellt, weil wir brauchen kein Forschungsprojekt mehr, das wir zusätzlich mit Millionen bezahlen, sondern wir brauchen eine gute Dekarbonisierungsstrategie, wie alle anderen Städte und europaweit, wir haben eine ganze Liste von Städten, wenn man 20 Städte anschaut, ich glaube, es sind zwei, die auf Wasserstoffbusse setzen, alle anderen haben E-Busse. Also wir brauchen da nicht mehr um Millionen erforschen in unserer vergleichsweise kleinen Stadt Graz, sondern auf eine Strategie setzen. Das werden wir nie und nimmer absagen, schon gar nicht, weil wir das nicht wollen, weil das Klima uns ein riesiges Anliegen ist, aber auch, weil uns die gesetzlichen Vorgaben und Gesetze das so vorgeben. Also bitte hört auf mit der Geschichte, irgendjemand hätte eine Dekarbonisierungsstrategie abgesagt. Im Gegenteil (*Appl.*).

Und dieses noch schneller, ich appelliere ich jetzt wirklich an euch und alle hier, machen wir es noch schneller, weil jeder und jede muss was beitragen, wir können nicht immer nur nach oben sagen: Bitte tut für uns. Es liegt an uns allen, die Klimawende voranzutreiben, und deswegen gehen wir es bitte gemeinsam an. Die Dringlichkeit ist gegeben, im Sinne von die ist in Umsetzung, weil mehr tun als sozusagen jetzt vorgeben in den Abteilungen, können wir gerade nicht. Und bitte setzt

das einfach gemeinsam mit uns um, damit wir es schaffen, bis 2040 klimaneutral zu werden als Stadt Graz. Danke (*Appl.*).

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Meine Wortmeldung jetzt dafür sehr kurz. Aber angesprochen auch die Dekarbonisierung, ein Hinweis zur Sache für die Antragssteller, Stau entsteht nicht durch diese Behinderung, Stau entsteht durch zu viele Autos, und genau, dass es die nicht mehr geben wird, das gehen wir an (*Appl.*).

GR **Brandstätter:**

Sehr verehrte Damen und Herren, naja, Frau Braunersreuther, es stimmt schon, wenn es keine Autos mehr gibt, dann werden wir keinen Stau haben, wenn es keine Autos mehr gibt, dann hätten wir auch keine Klimakleber auf der Straße, weil dann würde sich der Sinn davon entbehren. Wir hätten zwei Probleme gelöst, aber wir hätten wahrscheinlich grundsätzlich nicht gelöst, dass Menschen sich fortbewegen wollen. Und nicht jeder ist immer in der privilegierten Lage, sofort ein Öffi-System vor seiner Haustür zu finden. Aber unabhängig davon, Herr Dreisiebner, Sie haben gesagt, es verwundert Sie, wie man für Klimaschutz sein kann und dann gegen solche Proteste ist. Und ich bin der Meinung, man muss gegen gerade diese Form des Protests sein, wenn man für Klimaschutz ist. Das eine hängt mit dem anderen zusammen und ist vollkommen logisch. Weil wenn ich Klimaschutz wirklich umsetzen will, dann muss ich Menschen überzeugen, und ich werde Menschen nicht überzeugen, wenn in Umfragen herauskommt, dass mindestens 79 % das nicht gutheißen. Das ist, aus meiner Sicht, absurd und wird so nicht funktionieren. Ja, Frau Herlicska, die Exekutive arbeitet grundsätzlich korrekt und innerhalb der gesetzlichen Spielräume und greift zum Glück auch gegen diese Aktivistinnen und Aktivisten durch, die hier eben nicht Gebrauch von ihrem Versammlungsrecht in einer geordneten Art und Weise machen, sondern dieses

Recht auf eine Art und Weise in Anspruch nehmen, wie es nicht von unseren Gesetzen gedeckt ist, weil sie andere Güter wie Grundrechte so ...

Unverständliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderates.

GR Brandstätter:

... na sicher, die bekommen ja Verwaltungsstrafen. Warum kriegen Sie die? Weil sie sich nicht an die Regeln halten, die in unseren Gesetzen festgeschrieben sind, wie das Versammlungsrecht ausgeübt werden kann. Darüber hinaus möchte ich nur ganz kurz was zur Dekarbonisierungsstrategie sagen. Natürlich wurde eine

Dekarbonisierungsstrategie abgesagt, vielleicht nicht die für immer, aber die, die geplant war als Stadt Graz. Und jetzt kann man natürlich sagen, ja, ok, wir wollen dieses Forschungsprojekt nicht, weil wir wissen eh schon alles, aber ohne Forschung werden wir wahrscheinlich nie neue Erkenntnisse bekommen und das wird wichtig sein, dass auch eine Stadt wie Graz sich an solchen Forschungsprojekten beteiligt, damit wir langfristig da positive Erkenntnisse daraus ziehen können (*Appl.*).

Unabhängig davon möchte ich Ihnen sagen, dass Sie heute, wenn Sie dieser Dringlichkeit nicht zustimmen, zumindest politisch mitverantwortlich dafür sind, wenn tatsächlich eine dieser Aktivistinnen oder Aktivisten einmal verhindern sollte, dass eine andere Person nicht mehr gerettet werden kann oder im Einsatzfahrzeug nicht mehr zum Einsatzort kommen kann. Es geht auch darum, dass diese Gruppierung nicht mehr irgendeine kleine Gruppe ist, die jetzt da halt ihrem Anliegen irgendwie in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen will, sondern in Deutschland wird seit Dienstag wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die Letzte Generation ermittelt. Und jeder Mensch, dieser Organisation der Letzten Generation, der sich hinstellt und sagt, ja, ich stelle mich im Namen der Letzten Generation hier hin und klebe mich an der Straße fest, der nimmt in Kauf, dass er mit einer Organisation in Verbindung gebracht wird, die in Deutschland jetzt unter dem Namen der Letzten

Generation als Vereinigung in Verdacht steht. Und Sie verteidigen solche Organisationen, anstatt dabei mitzuhelfen, dass wir viel Klimaschutz umsetzen können und dagegen sein können, dass solche Klimakleber auch in Graz Fuß fassen. Vielen Dank (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Eine vertane Chance für diese rot-rot-grüne Stadtregierung. Man hätte hier die Chance nutzen können zu sagen, ja, wir sind für Klimaschutz, aber wir unterstützen diese radikalen Proteste in dieser Form nicht. Und bezeichnend ist für mich doch bis zu einem gewissen Grad die Wortmeldung vom Herrn Klubobmann Dreisiebner. Man geht so quasi her und sagt, der Kollege Brandstätter und meine Person, die sollen den Gemeinderat mit dem Thema nicht bemühen. Man soll sich an die Landespolizeidirektion wenden und dann ist das schon in Ordnung. Das ist für mich persönlich doch ein Zeichen von einer gewissen politischen Arroganz. Ich sage es Ihnen ganz offen, weil das ist ein dringendes Thema und der Grazer Gemeinderat muss sich damit befassen. Und ich hätte mir von Ihnen auch etwas mehr Schneid erwartet, nämlich in dem Sinn, dass Sie nicht nur sagen, beschäftigt euch mit der Landespolizeidirektion, sondern dass man dann auch den Schneid besitzt und sagt, ja, als Grüne Fraktion, als rot-rot-grüne Stadtregierung geht man her und unterstützt diese Klimaextremisten, man unterstützt diese konkrete Gefährdung von Leib und Leben, man unterstützt diese nutzlosen, destruktiven und asozialen Proteste, die immer häufiger stattfinden. Und wenn man das so festhalten kann, dann ist es eigentlich in einer Botschaft hier zusammenzufassen, diese rot-rot-grüne Stadtregierung stellt sich uneingeschränkt hinter diese Proteste, stellt sich uneingeschränkt hinter diese Klima-Chaoten, und das ist in Wirklichkeit ein politisches Armutszeugnis (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Dankeschön, wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Sie haben eh gesagt, ich glaube, ich habe mich nicht verhört, Sie haben gesagt, nutzlos, asozial und destruktive Proteste, gell?

*Zwischenruf GR Mag. **Winter**: Ja.*

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Ja, danke, das wollte ich nur noch einmal vergewissern.

Die Dringlichkeit (ÖVP) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) abgelehnt.

Die Dringlichkeit (KFG) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) abgelehnt.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.13 Uhr).

8.4 Solidarität mit den Protesten im Iran (GR Tristan Ammerer, Grüne)

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Zuseher:innen auf der Galerie und im Livestream. Seit Wochen hören wir aus dem Iran, wie sich Menschen gegen das islamistische Mullah-Regime erheben. Diese Proteste erreichen inzwischen ein Ausmaß, das das Regime ernsthaft ins Wanken bringt. Der Auslöser dieser Proteste

war der abscheuliche Mord an Mahsa Amini durch die Sittenpolizei des iranischen Regimes. Mahsa Amini soll ihren Hijab nicht ordnungsgemäß getragen haben und dafür musste sie sterben. Die Empörung darüber ist sofort übergekocht und Zehntausende, Hunderttausende Iranerinnen und Iraner sind voller Wut und voller Hoffnung auf die Straße gegangen und arbeiten daran, diese Ungerechtigkeit, die noch die Frechheit besitzt, sich Republik, Islamische Republik zu nennen, zu beseitigen. Seither sehen wir wirklich weitreichende Proteste und inzwischen schwanke ich, wenn ich die Situation dort beobachte, stets zwischen Hoffnung, freudiger Hoffnung und blankem Entsetzen. Freudige Hoffnung empfinde ich, wenn ich sehe, wie Frauen im Iran ihren Hijab ablegen und in den Straßen tanzen und singen, was ihnen strengstens verboten ist. Aber blankes Entsetzen stellte sich bei mir ein, wenn ich diese blanke Brutalität und Grausamkeit sehe, mit der das Regime den Protesten begegnet. Protestierende werden in den Straßen von Teheran und anderen Städten einfach erschossen. Die Truppen, die Schergen des Regimes, schießen auch in Wohnhäuser hinein, denen ist das wurscht, wen sie treffen, sie erschießen die Leute einfach. Menschen werden in Massenverhaftungen verschwunden und tauchen erst Wochen später auf, tot. Und dann werden ihre Leichen den Familien nicht einmal freigegeben, um sie zu beerdigen, da das Regime fürchtet, das rund um die Beerdigungen weitere Proteste entstehen. Weiters wird sexuelle Gewalt systematisch eingesetzt, um Frauen in Iran zu terrorisieren und einzuschüchtern, um sie von weiteren Protesten abzuhalten. In einer abscheulich routinierten Grausamkeit werden Frauen festgenommen und in Massen vergewaltigt in den iranischen Foltergefängnissen. Diese systematischen Menschenrechtsverletzungen sind widerwärtig. Wir können auch nur erschauern und erahnen, welche Grausamkeiten Leuten angetan werden in diesen Foltergefängnissen, wenn wir lesen, dass 15-jährigen Burschen nach Wochen aus der Haft entlassen werden und sich am darauffolgenden Tag das Leben nehmen. Was diesen Burschen und Mädchen angetan wird, das können wir uns kaum ausmalen. Werte Kolleginnen und Kollegen, das sind, und das muss man ganz klar sagen, das sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Als Menschenrechtsstadt sind wir den Menschenrechten verpflichtet. Aber aus dieser Verpflichtung den Menschenrechten

gegenüber resultiert auch die Pflicht aufzustehen, wenn Menschenrechte verletzt werden und wenn Menschlichkeit vermisst wird. Wir müssen dort Flagge zeigen, wo Leute mit Grausamkeit gequält werden, wo Leuten ihre Grundrechte abgesprochen werden. Auch dafür, dazu haben wir uns als Menschenrechtsstadt verpflichtet. Graz hat ja schon mehrere Initiativen in dieser Sache gemacht. Zum einen haben wir die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen, die vor kurzem zu Ende eingegangen sind, dazu genutzt, um auf die Situation von Frauen im Iran aufmerksam zu machen. Weiters hat der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz die Gewalt des iranischen Regimes verurteilt und zu einer Mäßigung aufgerufen sowie das Außenministerium zur weiteren Stellungnahme aufgefordert. Das Außenministerium hat auf die Stellungnahme des Menschenrechtsbeirates der Landeshauptstadt eine sehr positive Rückmeldung gegeben. Gestern wurde außerdem das islamistische Mullah-Regime bei den Vereinten Nationen aus der UN-Kommission für Frauenrechte hinausgeschmissen, zu Recht. Von Frauenrechten braucht ein solches Regime nicht sprechen, denn die Unterdrückung von Frauen ist denen in die DNA geschrieben, in die DNA dieses politischen Regimes. In Graz haben wir außerdem seit vielen Jahren, seit vielen Jahrzehnten eine fest etablierte und hochgeschätzte iranisch/persische Diaspora-Community. Teile unserer Stadt, Mitbürger:innen und von uns, die jetzt jeden Tag um ihre Freund:innen und Familienglieder auf den Straßen im Iran bangen müssen, weil das Regime auf tödliche Gewalt setzt. Als Menschenrechtsstadt aber auch als stolze Heimatstadt von unserer persisch/iranischen Community sollten wir als Gemeinderat uns auch hinter die Protestierenden stellen. Das bedeutet auch, dass wir die Taten dieses Mörderegimes klipp und klar verurteilen. Aber dem nicht genug, wir sollen uns als Gemeinderat auch dafür einsetzen, dass auch außenpolitisch schärfer gegen dieses Unrechtsregime vorgegangen wird. Dazu zählt die Verfolgung von regimetreuen Funktionären in Europa, die schicken nämlich ihre Kinder bei uns in die Schule, in gute Privatschulen, die parken ihre Vermögen bei uns. Das muss ein Ende finden, das sage ich ganz offen. Ja, ich weiß, ich überziehe heute zum ersten Mal meine Zeit. Ich bin sonst immer viel kürzer, aber das ist es mir wert. Wie jedes Regime, ist nämlich auch dieses Regime im Iran korrupt bis in den kleinen Zeh. Und ihr gestohlenen Geld, das liegt bei uns. Diese

Gelder müssen wir einfrieren. Und eines noch zum Schluss, zum Abschluss, während wir hier jetzt über diese Lage im Iran diskutieren, habe ich die sehr erfreuliche Nachricht bekommen, dass auch der Nationalrat gerade zu dieser Stunde zum selben Thema tagt und eine sehr ähnliche Resolution verabschieden wird (*Appl.*).

Ich stelle daher namens meiner Fraktion den

dringlichen Antrag:

- 1 Der Gemeinderat der Menschenrechts- und Landeshauptstadt Graz verurteilt die brutale Gewalt des iranischen Regimes gegen Protestierende und erklärt sich mit den Protesten im Iran solidarisch.
- 2 Die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das Engagement der iranischen Community in Graz zu unterstützen bzw. öffentlich sichtbar zu machen und die Solidarität der Menschenrechtsstadt Graz mit den Protestierenden im Iran weiter zum Ausdruck zu bringen, wie beispielsweise durch Informationen in den stadteigenen Medien, Schulworkshops oder sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum. Ein mündlicher Bericht zu den geplanten beziehungsweise gesetzten Aktivitäten ergeht an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung, LGBTQI+ und Menschenrechte.
- 3 Die Bundesregierung, insbesondere Außenminister Schallenberg, wird auf dem Petitionsweg ersucht, aktiv Solidarität mit den Protesten im Iran zu bekunden und sich auf europäischer und UN-Ebene für zusätzliche Maßnahmen gegen Angehörige des iranischen Regimes und der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, beispielsweise durch Einfrieren von in Europa investierten Vermögen von Regime-Funktionär:innen. Bei Asylanträgen von politisch Verfolgten soll die aktuelle, dramatische politische Situation im Iran entsprechend gewürdigt und möglichst rasch ein Schutzstatus zuerkannt werden. Danke (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In den letzten Wochen hat eine nie dagewesene Protestwelle den Iran erfasst. Nach der brutalen Ermordung einer jungen Frau, Mahsa Amini, die in den Augen der iranischen Sittenpolizei ihren Hijab „unpassend“ trug, begannen wochenlange Proteste. Diese Protestbewegung wird auch als erste „feministische Revolution“ bezeichnet, wurde sie doch gerade in den ersten Tagen vor allem von Frauen getragen. Die Videos, in denen Frauen sich ihren Hijab vom Kopf reißen und gelöst tanzend mit ihrem ganzen Körper zeigen, dass sie frei sind und sich nicht mehr unterdrücken lassen, gehen um die Welt. Das Regime reagiert mit beispielloser Gewalt: Bei den Protesten wurden schon dutzende Menschen erschossen, gegen Frauen wird mit gezielter sexueller Gewalt vorgegangen, schockierende Berichte aus den Foltergefängnissen des Regimes belegen Massenvergewaltigungen. In vielen Städten des Landes wird wahllos mit scharfer Munition auf Menschen in den Straßen und in Häusern geschossen. Das Regime führt inzwischen einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung.

Jetzt mag man fragen, inwieweit uns in der Grazer Kommunalpolitik diese Proteste betreffen. Die iranische Community in Graz ist eine der größten Diaspora-Communities in unserer Stadt. Schon in den 50er-Jahren kamen Iraner:innen zum Studium nach Graz, in den folgenden Jahrzehnten viele auch als Geflüchtete vor Verfolgung und politischer Gewalt in ihrem Heimatland. Die Verzweiflung und Empörung innerhalb der iranischen Community aufgrund der schweren Menschenrechtsverletzungen und Repressionen ist groß, aber auch die Hoffnung auf Umbruch und Veränderung angesichts der ungeheuer mutigen und nicht nachlassenden Proteste.

In den letzten Wochen wurden von einigen jungen Iraner:innen in Graz immer wieder Demonstrationen unter dem Motto „Frau, Leben, Freiheit“ (die Parole der im Iran Protestierenden) organisiert. Auch die Stadt Graz widmete den Auftakt der 16-Tage gegen Gewalt an Frauen diesem Thema. Eine große Bitte aller in Graz lebenden Iraner:innen – manche von ihnen sind selbst aufgrund fehlender Frauenrechte nach Europa emigriert – ist es, möglichst viele Menschen über die anhaltenden Proteste zu informieren. Das Regime geht mit tödlicher Brutalität gegen die Protestierenden vor,

doch diese fiele weitaus schlimmer aus, würde nicht international genau beobachtet werden, was im Iran geschieht.

Wie jedes diktatorische Regime ist auch jenes im Iran zutiefst korrupt: Viele Regimeangehörige bereichern sich und parken ihre Vermögen in Besitz in Europa. Die Kinder von Regimeangehörigen besuchen europäische Privatschulen und leben oft auch hier. Dies kann ein wirksamer Druckpunkt für Sanktionen sein. Gerade Wien ist hier eine beliebte Destination für Schergen des Regimes und deren Familien.

Der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz hat die Brutalität des Regimes gegen Protestierende bereits in klaren Worten verurteilt, nun soll auch der Gemeinderat als höchstes Organ der Menschenrechtsstadt Graz Position beziehen. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1 Der Gemeinderat der Menschenrechts- und Landeshauptstadt Graz verurteilt die brutale Gewalt des iranischen Regimes gegen Protestierende und erklärt sich mit den Protesten im Iran solidarisch.*
- 2 Die zuständigen Abteilungen werden ersucht zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, das Engagement der iranischen Community in Graz zu unterstützen bzw. öffentlich sichtbar zu machen und die Solidarität der Menschenrechtsstadt Graz mit den Protestierenden im Iran weiter zum Ausdruck zu bringen, wie beispielsweise durch Informationen in den stadteigenen Medien, Schulworkshops oder sichtbare Zeichen im öffentlichen Raum. Ein mündlicher Bericht zu den geplanten bzw. gesetzten Aktivitäten ergeht an den Ausschuss für Frauen, Gleichstellung, LGBTQI+ und Menschenrechte.*
- 3 Die Bundesregierung, insbesondere Außenminister Schallenberg, wird auf dem Petitionsweg ersucht, aktiv Solidarität mit den Protesten im Iran zu bekunden und sich auf europäischer und UN-Ebene für zusätzliche Maßnahmen gegen Angehörige des iranischen Regimes und der sogenannten Revolutionsgarden einzusetzen, beispielsweise durch Einfrieren von in Europa investierten*

Vermögen von Regime-Funktionär:innen. Bei Asylanträgen von politisch Verfolgten soll die aktuelle, dramatische politische Situation im Iran entsprechend gewürdigt und möglichst rasch ein Schutzstatus zuerkannt werden.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner:**

Danke. Ich möchte Vertreter:innen der iranischen Community heute auch bei uns begrüßen. Hallo, herzlich willkommen, und möchte dazusagen vielleicht noch ergänzend zur heutigen Diskussion im Nationalrat, dass da auch nicht nur die Aussetzung der Todesurteile gefordert wird, sondern auch 183 Abgeordnete zum Nationalrat Patenschaften übernehmen, darunter alle zum Tode Verurteilten. Man kann diesem Beispiel folgen. Wir müssten nur herausfinden, wie das geht, wenn jemand auch gerne Patenschaften übernimmt. Da gibt es Bereitschaft, glaube ich, bei uns.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Man möchte sagen, die Dringlichkeit ist nicht mehr gegeben, der Nationalrat hat ohne dies bereits die Tagung aufgenommen, aber sei es drum. Inhaltlich stimme ich mit dem Kollegen Ammerer bei einem Punkt sicher überein. Wir erleben hier eine Niederschlagung der Proteste im Iran, die falsch ist, die völlig inakzeptabel ist und die natürlich in keinsten Weise goutiert werden kann und goutiert werden darf. Der andere Punkt ist natürlich, und ich weiß nicht, ob es der Kollege Ammerer weiß, das ist der Grazer Gemeinderat und nicht die UN-Vollversammlung und infolgedessen doch etwas weit hergegriffen, dass der Grazer Gemeinderat sich zwangsläufig in dringlicher Form zu diesem Thema äußern muss. Luftlinie Graz – Teheran 3.200 Kilometer. Ich habe es gerade nachgegoogelt, insofern wird der Grazer Gemeinderat doch der falsche Ort für dieses Thema sein. Ich hoffe, dass wir alle eines gemeinsam haben, nämlich, dass wir uns zu den Grundsätzen des

Völkerrechts bekennen und auch zur UN-Charta bekennen. Und in der UN-Charta gibt es ein sehr, sehr interessantes Prinzip und wichtiges Prinzip, festgehalten in Artikel 2.7, nämlich das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von souveränen Staaten. Keine Frage, nochmals, dieses Niederschlagen der Proteste ist in jeder Art und Weise falsch und zu verurteilen, aber leider Gottes ist es eine innere Angelegenheit des Iran. Und ein wesentlicher Punkt, wenn wir diesem Antrag zustimmen würden, wir finden leider Gottes Niederschlagungen von Protesten in China, wir finden Niederschlagungen von Protesten in den diversen nahöstlichen Staaten, in diversen afrikanischen Staaten. Wir erleben das leider Gottes rund um die Welt und erleben es natürlich auch in kommunistischen Regimen, wie beispielsweise in Venezuela. Und wo ziehen wir die Grenzen, wenn wir jedes Mal eine Solidaritätsbekundung abgeben zu den Protestierenden? Ich halte das nicht für sinnvoll, und meiner Meinung nach ist dieser Antrag auf eine kurze Formel zu bringen, er ist, so gut er auch gemeint ist, das gestehe ich zu, aber er ist am Ende des Tages ein weltfremder Menschenrechtsidealismus und er hat im Grazer Gemeinderat sicher nichts zu suchen (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Bitte, Frau Naghibi. Ich möchte gerne, wenn Sie am Weg sind, noch etwas sagen. Ich glaube, es steht einer Menschenrechtsstadt wie Graz an, und es gibt keinen falschen Ort, Solidarität zu bekunden mit so einer Situation, wie sie im Iran gerade stattfindet. Und insofern ist es der richtige Ort. Und es ist jeder Ort der richtige, wo wir uns Gedanken darüber machen, wie wir uns solidarisch zeigen können und wie wir Mitverantwortung übernehmen können und in irgendeiner Form unterstützen können, was im Iran mit den Menschen passiert. Bitte, Frau Naghibi.

GRⁱⁿ **Naghibi:**

Sehr geehrte alle, ich muss mich erst einmal von der Wortmeldung von zuvor ...

Ja, die sagt im Übrigen auch etwas über den Herrn Winter alleine aus und zum Glück nicht über alle, die wir hier sitzen. Auch wenn die Hoffnung immer besteht, dass man sich nähern kann. Bereits 2009 kam es nach einer zu Recht sehr umstrittenen Präsidentschaftswahl im Iran, also ganz offen Wahlbetrug, zu massiven Protesten und Demonstrationen seitens der iranischen Bevölkerung gegen dieses korrupte und gewaltsame Regime, 2009. Über mehrere Monate hinweg haben die Leute tagtäglich ihr Leben riskiert und viele von ihnen auch verloren. Hat damals mediale Aufmerksamkeit erregt. Aber war es genug? Ich glaube nicht. Man sprach damals von der Grünen Bewegung, ein ziviler Widerstand eben, der über mehrere Monate andauerte, und die staatliche Gewalt der iranischen Diktatur reagierte damals wie heute einfach nur mit brutaler Gewalt und Willkür. Demonstrant:innen wurden damals wie heute mit systematischer Waffengewalt niedergeschlagen, starben und kamen ohne oder ohne ein faires Gerichtsverfahren in Gefängnishaft. Und ich meine, wir in Österreich, wir haben auch Krieg erlebt. Ich möchte gar nicht wissen, wo wir jetzt wären, wenn es damals geheißen hätte, ist mehrere Kilometer entfernt (*Appl.*). Sie werden Opfer von Folter, werden hingerichtet, also ermordet. Seit im September 2022 die 22-jährige Jina Mahsa Amini nach einer solchen grausamen Polizeigewahrsam verstarb, also ermordet wurde, erfasste erneut eine Protestwelle das seit vielen Jahrzehnten von faschistischer und totalitärer Diktatur gezeißelte Land. Und tausende Iraner und Iranerinnen riskieren erneut ihr Leben und verlieren auch ihr Leben. Und die KPÖ unterstützt in dem Sinne, dass wir solidarisch und humanistisch, ja, eben Demokratie ist nicht selbstverständlich, und es ist unsere Pflicht als Politiker und Politikerinnen, hier Aufmerksamkeit zu erregen, nicht nur, weil viele Iranerinnen und Iraner in unserem Land leben, meine Eltern stammen selber aus dem Iran, sondern weil es Menschenrecht bedeutet, dass es in dem Sinne keine Grenzen gibt. Das ist eine Einstellungssache. Und ich begrüße und freue mich sehr, dass wirklich sehr viele diesem Antrag in der Dringlichkeit und im Inhalt zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Appl.*).

GRⁱⁿ **Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren. Das Thema ist wahnsinnig berührend und es ist natürlich dringlich und drängend. Das heißt, wir werden auch dem Antrag, sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt, zustimmen. Allerdings hätte ich noch ein paar Anmerkungen. Ich war selber bei dem Auftakt am 25.11. im Rathaushof, Orange The World. Das hat mich sehr berührt, auch die ganzen Berichte, die ganzen Bekundungen zu hören, und mich hat das Thema sehr, sehr beschäftigt. Es waren auch Vertreter der verschiedensten Glaubensgemeinschaften dort, die ihre Solidarität bekundet hatten, auch die Frau Bürgermeisterin persönlich hat eben auch wirklich eine tolle Rede zur Solidarität dort präsentiert. Und es wurde auch eine Tafel aufgestellt, wer leider gefehlt hat, war die islamische Glaubensgemeinschaft, und das wäre eben sehr, sehr toll, wenn da auch die Unterstützung von dieser Seite kommen würde. Das war vielleicht ein zeitliches Problem, aber das ist vor allem in diesem Bereich auch besonders wichtig. Sie haben gerade angesprochen, das war ja auch im Nationalrat eben gerade eine Beschlussfassung, die hat es aber auch schon im Oktober gegeben. Und ich finde, der Gemeinderat ist ein guter und wichtiger Ort, genau diese Dinge auch zu besprechen. Mir stellt sich schon ein bisschen die Frage des Instrumentes. Also ich würde mich freuen, in Zukunft irgendwie auch Hinweise zu bekommen, was jetzt genau oder welche Kriterien muss jetzt genau ein dringlicher Antrag aufweisen. Weil das ist mir jetzt nach einigen Jahren nicht ganz klar, wenn ich so die verschiedenen, jetzt auch heute, Dringlichkeiten beobachte, aber auch schon eben der vergangene dringliche Antrag auch von Ihnen, Herr Kollege, zur inklusiven Werbung sozusagen. Also das ist mir noch nicht klar. Wann ist jetzt wirklich die Dringlichkeit in einem Antrag gegeben? Welche Kriterien muss es jetzt genau haben? Weil wie gesagt, also mit dem Antrag bereits im Nationalrat im Oktober wurde die Solidarität auch schon gefordert und bekundet. Österreich ist auch im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen besonders dafür aufgetreten. Also es gibt schon sehr, sehr viele Bekundungen, auch jetzt bei uns hier schon in der Stadt Graz durch diesen Auftakt im Rathaushof. Und deswegen, ja, wir werden das unterstützen,

aber mir ist trotzdem noch nicht ganz klar, warum ist dieser Antrag als dringlicher Antrag sozusagen, welche hierfür geeignet sind und welche nicht. Dankeschön (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher bei uns, der Galerie und auch im Livestream. Es ist ein wirklich wichtiges Thema und ein wirklich wichtiger Antrag. Ich glaube, darüber sind wir uns alle einig. Nur, es ist schon so, dass man sagen, Solidaritätsbekundungen sind total wichtig und ich möchte ganz kurz darauf eingehen, warum sie wichtig sind, warum sie auch hier in diesem Gremium wichtig sind und auch was es für praktische Folgen haben kann dadurch, dass wir diese Solidaritätsbekundung heute hier machen. Wir sehen in Zeiten von Social Media diese Bilder, sehen wir diese Proteste teilweise hautnah vor unseren Smartphones und wir sehen teilweise Bilder, die total berührend, total erschreckend sind und die uns alle, glaube ich, nicht kalt lassen können. Aber wir sehen auch die Verbreitung von Fake News auf diesen Kanälen. Wir sehen auch die Verbreitung von Falschmeldungen und ich habe es jetzt gerade nachgeschaut, auch in Bezug auf die iranische Revolution hat sogar die ZIB und auch die New York Times die Meldung verbreitet, dass jetzt die Sittenpolizei abgeschafft werden soll, und dass man das verkündet hat, dass das abgeschafft werden soll. Und das ist aber dann im Nachhinein sehr oft von Leuten im Iran, von Aktivistinnen und Aktivisten gezeigt worden, dass das im Endeffekt eine Falschmeldung ist. Und dass das genau diese Meldungen sind, die man verbreiten möchte, damit die weltpolitische Aufmerksamkeit von diesem Thema wegkommt, damit sie eben dieses Regime wieder quasi mit der gesamten Brutalität nicht unter der Aufmerksamkeit der Welt weiterführen können, dass sie ihre Hinrichtungen vollziehen können, dass sie diese brutalen Niederschlagungen von diesen Protesten weiterführen können, ohne dass wir auch als Weltbevölkerung dagegen was sagen und das auch quasi gar nicht in unsere Aufmerksamkeit liegt. Und es liegt an uns, glaube ich, allen, hier aufzustehen und zu sagen, nein, das kann nicht unter unseren Augen passieren, wir schauen hierhin, wir schauen, dass es quasi einen Gegensatz gibt und wir halten

diese Aufmerksamkeit auf dieses Thema, solange dort die Menschen leiden, solange sie diese Gewalt erleben. Wir schauen dort solange hin, solange das dauert. Und ich glaube, dafür ist dieser Antrag sehr wichtig, dafür ist es auch wichtig, immer und immer wieder dorthin zuschauen. Und da ist es auch wichtig zu sagen, dass es nicht einer einmaligen Solidaritätsbekundung alleine bedarf, diesen Dingen auch eine Antwort, eine menschenrechtliche Antwort entgegenzusetzen. Und ich kann nur eines empfehlen, sehr viele deutsche und auch österreichische Comedians und Plattformen haben ihre Instagram-Kanäle hergegeben für Aktivistinnen und Aktivisten vor Ort, die die echten Bilder herzeigen und die echte Geschichten erzählen. Joko Winterscheidt ist zum Beispiel einer davon. Ich kann das nur empfehlen, auf diesen Instagram-Kanal einmal zu sehen und dort eben zu sehen, dass sehr viel von diesen Dingen, die nicht unter Medieninteresse fallen, aber total bestürzend sind, und darauf sollten wir auch unsere Aufmerksamkeit lenken, dass diese Dinge gesehen werden und dass man gegen diese Dinge ankämpft, was wirklich vor Ort passiert mit den Menschen und mit den Schicksalen dort vor Ort. Und deswegen vielen Dank für diesen Antrag. Wir werden der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen, und ich glaube auch, dass man hier diesen Rahmen in der Menschenrechtsstadt nutzen muss und auch immer und immer, immer wieder hinzuschauen. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) angenommen.

GR Ammerer:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich jetzt schon über die breite Zustimmung, die sich zum Antrag abzeichnet. Ich gehe noch kurz auf die Meldungen des Kollegen und der Kollegin ein. Eine Dringlichkeit ist dann gegeben, wenn der Gemeinderat beschließt, dass sie gegeben ist. So, wie wir das jetzt gerade getan haben. Das ist das, wann ein Antrag als dringlich einzustufen ist, das beschließt der Gemeinderat selbst. Alle weiteren Regeln, wie und wann ein dringlicher Antrag und festgestellt werden kann, sind der Geschäftsordnung zu entnehmen. Der darf nicht

finanzwirksam sein, pipapo, kann man nachlesen. Und das sind alle Regeln, die wir haben. Das ist auch gut so, damit wir zu einem breiten Bereich an Themen noch diskutieren können in diesem Gremium. Ja, Kollege Winter, Sie haben vorhin gesagt, warum geht es uns etwas an, wenn im Iran tausende Kilometer weit weg Menschen ermordet werden? Ich gebe immer wieder gerne ein bisschen Nachhilfe in Geschichte. Warum haben wir eine Menschenrechtskonvention? Eben, weil die Alliierten im Zweiten Weltkrieg gesehen haben, dass tausende Kilometer weit weg ein Holocaust passiert und eingeschritten sind. Und als Reaktion auf dieses größte Verbrechen der Menschheitsgeschichte wurde die EMRK verabschiedet. Jetzt hätten die auch sagen können, naja, ist uns wurscht, das ist ja in Europa, ein paar 1.000 Kilometer. Ja, Gott sei Dank haben Sie das nicht gesagt. Da bin ich froh, jeden Tag. Und wenn Sie sagen, ich bin weltfremder Menschenrechtsidealist oder der Antrag ist ein weltfremder Menschenrechtsidealismus, dann sage ich, ja, weltfremd bin ich nicht, aber ich bin stolzer Menschenrechtsidealist. Ich bin stolz darauf, für die Menschenrechte von Menschen überall auf der Welt einzutreten. Weil jeder Mensch hat Menschenrechte verdient. Deswegen sind sie ja universell. Und jeder Mensch, dem sie verwehrt werden, dem widerfährt eine Ungerechtigkeit, gegen die ich mich aussprechen werde, darauf bin ich stolz. Das können Sie verächtlich sehen, dann sind Sie halt ein Zyniker. Aber so ist das dann halt. Zum Abschluss möchte ich sagen, ich möchte auch die Vertreter:innen der iranischen Community hier in Graz herzlich begrüßen bei uns im Saal. Ich freue mich sehr, dass Sie, dass ihr heute hier seid. Und mir bleiben noch 30 Sekunden, ich werde meinen Überzug von vorher in dem bisschen wegmachen und etwas weniger brauchen. Mir bleibt zum Abschluss nur eines zu sagen: Frau, Leben, Freiheit – Jin, Jiyan, Azadi. Danke.

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen KFG und Lohr) angenommen.

**8.5 Mitreden macht Schule
(GRⁱⁿ Anna Slama, Grüne)**

GRⁱⁿ Slama:

Hallo, liebe Zuseherinnen und Zuseher, hallo, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch alle anderen, ich werde jetzt nicht ewig lange alle aufzählen. In meinem Antrag geht es grundsätzlich darum, dass Kinder neben zuhause, das Meiste ihrer Zeit in der Schule verbringen. Über die neun Pflichtschuljahre gerechnet sind das über 10.000 Stunden. Bei so einer Zeit wäre es natürlich sehr, sehr wichtig, dass sich die Kinder dort auch wohl fühlen. Leider hat eine neue Studie des Instituts für Jugendkulturforschung herausgefunden, dass genau das eben nicht der Fall ist. Vier von zehn Kindern und Jugendlichen fühlen sich in der Schule nicht wohl. Gründe dafür sind vielfältig, es geht von Leistungsdruck, Stress, erschöpfenden Schultagen und sehr frühem Aufstehen auch über sexistisches oder rassistisches Verhalten in einer Klasse. Grundsätzlich liegt das zu einem großen Teil an einem veralteten Schulsystem, das ihnen übergestülpt wurde. Das Gefühl von Gestaltungsmöglichkeiten gibt es für die Kinder und Jugend nicht. Jedes dritte Kind hat das Gefühl, dass seine Meinung in der Schule nichts zählt, auch jedes dritte Kind das Gefühl, es gibt zu wenig Möglichkeiten zur Mitbestimmung in der Schule. Und genau das wäre von enormer Wichtigkeit, denn auch 50 % der Schüler:innen haben angegeben, sie würden sehr viel lieber in die Schule gehen, hätten sie mehr Möglichkeiten, diese mitzubestimmen. Genau diesem Problem haben sich SOS Kinderdorf Österreich angenommen. Wer nicht weiß, was SOS Kinderdorf ist, das ist eine nicht staatliche, politisch und konfessionell unabhängige Organisation, die sich grundsätzlich für die Bedürfnisse von Kindern einsetzt. Sie haben die Initiative und die Petition „Mitreden macht Schule“ gestartet. In der fordern sie grundsätzlich, das System Schule neu zu denken, mit und aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen. Dabei geht es nicht nur um kleine Belange, sondern es geht wirklich um das große Ganze. Es geht um die Gestaltung von Räumlichkeiten, zur Auswahl von Projekten, über zeitliche Strukturen bis hin zu Leistungsbeurteilungsmodellen. Denn nur, wenn Kinder aktiv über ihre nähere Umwelt mitstimmen dürfen, können sie als

eigenständige und selbstbestimmte Menschen von der Schule in ihr weiteres Leben treten. Die konkreten Punkte dieser Petition sind das Lernen und Üben von Mitbestimmung als fixer Bestandteil des Lehrplans. Dafür braucht es natürlich Aus- und Weiterbildungen von Pädagoginnen und Pädagogen und natürlich Ressourcen, also Zeit, Geld und den Willen. Mitspracherecht braucht es aber nicht nur in der Schule selbst, sondern bereits bei der Gestaltung der rechtlichen, personellen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen. Wir müssen den Gestaltungsspielraum Schule als Teil des Alltags begreifbar machen für die Schülerinnen und Schüler. Schule gemeinsam neu zu denken, bringt aber nicht nur den Kindern und Jugendlichen etwas. Erstens das Gefühl dieser Selbstwirksamkeit bringt uns als Gesellschaft im weiteren Sinne sehr viel und das Miteinander von Schüler:innen und Lehrerinnen und Lehrern steigert das komplette positive Miteinander, das wir in der Schule haben. An dem Punkt darf ich euch auch alle aufrufen, sehr gerne diese Petition zu unterschreiben. Der Link ist auf dem Antrag. Für alle Menschen, die jetzt nicht gerade meinen Antrag vor sich liegen haben, was, glaube ich, der Großteil ist, ihr könnt sie auf www.sos-kinderdorf.at/kinderrechte/neueschule/petition unterschreiben. Wir haben heute einen Grundsatzbeschluss gefasst, gelebte Kinderrecht oder in Graz. Artikel 12 dieser Kinderrechte ist die Berücksichtigung des Kinderwillens. Es sichert Kindern Beteiligungen in allen kinderberührenden Anliegen zu. Und auch wir als Schulerhalter haben einige Möglichkeiten dazu, zum Beispiel bei den baulichen Maßnahmen oder der Nachmittagsbetreuung. Daher darf ich folgenden

dringlichen Antrag

stellen:

- 1.) Die Stadt Graz unterstützt die Forderungen der Petition „Mitreten macht Schule“ im Rahmen ihrer Möglichkeiten.
- 2.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, ein Konzept für Mitbestimmungsmöglichkeiten an Grazer Schulen im Rahmen seines

Wirkungsbereichs und im Sinne des Motivtextes zu erstellen. Dieses Konzept soll jedenfalls Vorschläge zur Mitbestimmung bei der Raumgestaltung, bei der Gestaltung der schulischen Außenflächen und bei der schulischen Nachmittagsbetreuung beinhalten. Das Konzept soll dem Bildungsausschuss im Juni 2023 vorgestellt werden. Danke für eure Aufmerksamkeit (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Für Kinder und Jugendliche ist die Schule neben ihrem Zuhause der Ort, an dem sie die meiste Zeit verbringen. Um die 10.000 Stunden verbringen Schüler:innen in den neun Pflichtschuljahren in der Schule. Deshalb ist es enorm wichtig, dass sie sich dort auch wohlfühlen. Doch laut einer neuen, repräsentativen Studie des Instituts für Jugendkulturforschung (2022) ist das leider nicht der Fall. Vier von zehn Kindern gehen nicht gerne zur Schule. Leistungsdruck, Stress, erschöpfende Schultage und sehr frühes Aufstehen sind für die Schüler:innen oft schwierig zu handhaben. Das Gefühl von Gestaltungsmöglichkeiten in dieser Institution, die sie in den Mittelpunkt stellen sollte, fehlt für die jungen Menschen. Jedes dritte Kind glaubt, dass in der Schule kein Wert auf seine Meinung gelegt wird und es nicht genügend Möglichkeit zur Mitbestimmung gibt. Dabei wäre genau das von enormer Wichtigkeit, denn 50 % der Schüler:innen würden lieber zur Schule gehen, wenn sie mehr mitbestimmen könnten. Diesem Problem hat sich das SOS Kinderdorf Österreich angenommen und die Petition „Mitreden macht Schule“ gestartet, in der sie fordern, Schule aus Perspektive der Kinder und Jugendlichen gemeinsam neu zu denken.¹

Nicht nur in kleinen Belangen soll Mitsprache passieren, sondern im großen Ganzen: Von der Gestaltung der Räumlichkeiten, zur Auswahl von Projekten, über zeitliche Strukturen bis hin zu Leistungsbeurteilungsmodellen. Nur wenn Kinder aktiv über ihre

¹ <https://www.sos-kinderdorf.at/kinderrechte/neueschule/petition>

nähere Umwelt mitbestimmen dürfen, können sie als eigenständige und selbstbestimmte Menschen von der Schule in ihr weiteres Leben treten. Konkrete Punkte der Petition sind das Lernen und Üben von Mitbestimmung als fixer Bestandteil des Lehrplanes. Dafür braucht es Aus- und Weiterbildung von Pädagog:innen und natürlich Ressourcen, also Zeit, Geld und den Willen, etwas zu ändern. Mitspracherecht braucht es aber nicht nur in der Schule selbst, sondern bereits bei der Gestaltung der rechtlichen, personellen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen. Damit kann für Schüler:innen der Gestaltungsspielraum Schule Teil ihres Alltags werden und sie können sich auf Augenhöhe gesehen fühlen. Schule miteinander neu denken, bringt aber nicht nur den Schüler:innen ein Gefühl der Selbstwirksamkeit, sondern verbessert auch die Beziehung zwischen Lehrer:innen und Schüler:innen. Motivation und Leistung steigen. Es entsteht ein positives Miteinander, das sich auch auf die Entwicklung unserer Gesellschaft positiv auswirkt. Die Stadt Graz selbst ist Schulerhalterin und hat damit nur für einen Teil des schulischen Alltags Gestaltungsmöglichkeiten. Diese sollten aber im Sinne der Mitbestimmung von Schüler:innen bestmöglich genutzt werden.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1.) Die Stadt Graz unterstützt die Forderungen der Petition „Mitreden macht Schule“ im Rahmen ihrer Möglichkeiten.*
- 2.) Stadtrat Hohensinner wird ersucht, ein Konzept für Mitbestimmungsmöglichkeiten an Grazer Schulen im Rahmen seines Wirkungsbereichs und im Sinne des Motivtextes zu erstellen. Dieses Konzept soll jedenfalls Vorschläge zur Mitbestimmung bei der Raumgestaltung, bei der Gestaltung der schulischen Außenflächen und bei der schulischen Nachmittagsbetreuung beinhalten. Das Konzept soll dem Bildungsausschuss im Juni 2023 vorgestellt werden.*

StR Hohensinner:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, danke für deinen Antrag. Wir werden dem Antrag und auch der Dringlichkeit zustimmen. Wer mich kennt, weiß, dass ich die Mitbestimmung in allen meinen Ressorts lebe, dass mir diese Mitbestimmung ganz, ganz wichtig ist. Mitbestimmung endet nie, das muss ein ständiger Prozess sein. Und ich glaube, gerade im Jugendbereich haben wir schon einige Instrumente, die uns permanent begleiten. Das ist proAct, der Jugendgemeinderat, das ist das KinderParlament, der Jugendrat hat erst kürzlich getagt. Wir haben im Sommer im Zuge des Kinder- und Jugendschwerpunktes den Sommer des Zuhörens durchgeführt. Da konnten wir 1.000 Kinder erreichen im Alter von sechs bis zwölf. Wir planen Ähnliches jetzt für Jugendliche. Wir haben die Kinder- und Jugendbefragung in den Bezirken durchgeführt, auch da haben wir erst kürzlich im Gemeinderatssitzungssaal die Präsentation des Kinderbüros gehabt, auch sehr erfolgreich mit 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Und natürlich, wir versuchen auch in Schulen, dort wo es geht, die Mitbestimmung zu leben. Ich habe da schon einige Projekte abgewickelt, mit der Schulsozialarbeit zum Beispiel. Und auch der Kinderbürgermeister hat das Anliegen an mich herangetragen, dass das Essen der Küche Graz zwar sehr gut ist, aber es ist verbesserungswürdig. Und da haben wir dann gesagt, wir machen eine große Familienbefragung, die haben wir durchgeführt und da haben einige Punkte auch aufgenommen, dass wir das Essen oder die Aufbereitung der Speisen verbessern. Also da ist schon einiges gelungen, und ich nehme den Ball gerne auf, dass wir einfach schauen, wo wir, obwohl wir „nur“, unter Anführungszeichen, Schulerhalter sind, wo wir die Mitbestimmung auch in unseren Pflichtschulen umsetzen können. Das ist auf jeden Fall mein Versprechen, das werde ich angehen. Ich werde auch zeitgerecht ein Konzept vorlegen. Die Mitbestimmung erscheint aber in einem anderen Licht. Wenn wir, und das haben wir heute schon diskutiert, wissen, dass wir gesetzlichen Aufgaben, die wir als Pflichtschulerhalter haben, derzeit nicht nachkommen. Wir haben gesetzlich den Auftrag, dass wir genügend Schulplätze anbieten und wir haben aufgrund des Zuzugs jetzt die Herausforderung, dass wir vor allem im Mittelschulbereich genügend Plätze haben. Und jetzt habe ich mit der Bildungsabteilung seit Frühling die Schule

Smart City vorbereitet. Also der Stadtrechnungshof hat schon geprüft, wir haben alle Vorplanungen, und wir brauchen jetzt einen Umsetzungsbeschluss und jede Gemeinderatssitzung melde ich dieses Stück an und ich werde immer vertröstet, dieses Stück kommt irgendwann einmal, aber nicht jetzt, wir müssen noch das Geld prüfen. Und ich sage nur, liebe Regierung, ihr seid dann verantwortlich, wenn wir Container aufstellen müssen. Also die Warnung habe ich jetzt jeden Monat ausgesprochen und es schaut derzeit aus, wenn wir jetzt nicht ganz schnell den Beschluss zusammenbringen, dass wir Schülerinnen und Schüler in Container unterbringen müssen. Ich wollte das immer verhindern, aber in diese Richtung gehen wir leider. Und ein zweites Stück haben wir jetzt auch vorgeschlagen für die heutige Sitzung. Da geht es darum, dass wir Dachsanierungen machen, in einigen Schulen regnet es rein. Ich möchte da einige Beispiele bringen, in der Viktor Kaplan Volksschule gibt es einen Wassereintritt, in der Herrgottwiesgasse in der PTS auch einen Wassereintritt. Es wurde heute schon angeführt vom Stefan Stücklschweiger, dass wir die Sanierung am Rosenhain vom Therapiebad sanieren müssten, auch da gibt es zusätzlich dann einen Wassereintritt. Also ich sage, Mitbestimmung ist wichtig, aber wir müssen einmal die Grundaufgaben leisten und als Schulerhalter müssen wir schauen, dass die Kinder wirklich auch gute Schulgebäude haben, und da sind wir säumig und da fordere ich die Regierung auf, dass wir ganz schnell in die Gänge kommen, weil alles andere ist peinlich (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRⁱⁿ **Slama:**

Ich freue mich über eine einstimmige Annahme. Ich hoffe, das haben wir beim Inhalt auch so, und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Danke auch für das Feedback, zumindest den Teil, der wirklich meinen Antrag betroffen hat.

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

8.6 Sozioökonomische Gastronomie für Graz (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, heute geht es bei meinem Antrag um sozioökonomische Betriebe. Das mag ein spärlicher Begriff sein, ich glaube trotzdem, dass es das wert ist, darüber zu diskutieren. Wir alle wissen, dass Graz eine breite Vielfalt an gastronomischen Angeboten hat. Es ist für jeden Geschmack etwas dabei, und auch in unseren Veranstaltungsstätten findet man sehr oft sehr viele verschiedene Events mit verschiedensten Zielgruppen und mit verschiedensten Angeboten. Und Anlass für meinen Antrag war mehr oder minder, dass es in manchen Veranstaltungsstätten, nicht in allen, aber in manchen, obwohl es keinen eingemieteten Veranstalter gibt, einen Vertrag gibt, der vorsieht, dass man entweder diesen vorgefertigten Anbieter nimmt oder eben sich freikaufen muss von diesem Vertrag und dann erst einen anderen Anbieter nehmen kann und ohne dass der jegliche Leistung erbracht hat und auch manchmal verbunden mit sehr, sehr hohen Preisen, wenn man ein Angebot bekommt. Dem steht gegenüber, dass wir eben diesen breite Vielfalt haben und auch als Sozialdemokratie den Anspruch erheben, auch im Bereich Gastronomie unseren sozialen und gerechten Anspruch an unsere Anbieter stellen und dem steht auch gegenüber, dass wir eigentlich, wenn wir in unsere Veranstaltungsstätten Veranstaltungen, egal ob es von unserer Stadt selbst passiert oder auch von privaten Veranstaltern und Veranstalterinnen, dann würden wir gerne auch die Brücke dazu legen, dort auch vermehrt sozioökonomische Betriebe zum Zug kommen zu lassen. Was ist das? Da gibt es in Graz auch eine sehr große Bandbreite. Es gibt Stadtschänke, die ein Frauenbeschäftigungsprogramm ist, es gibt das Famoos, das vermehrt auch mit Menschen mit Behinderung gastronomische Angebote stellt, und es gibt weitere arbeitsmarktpolitische Anbieter, wie die Produktionsschule zum Beispiel, die einfach Caterings anbieten und da sehr oft jungen Menschen oder Menschen, die es am Arbeitsmarkt nicht so leicht haben, eine positive Erfahrung geben und auch eine positive Chance in ihrem Leben, in ihrem Erwerbsleben geben. Und diesen Betrieben

wollen wir auch in der Stadt Graz mehr Chancen geben, indem wir die Brücke schlagen, unseren Veranstaltungen vorschlagen, diese Caterings in Anspruch zu nehmen und auch ihnen ermöglichen, dass man von diesen Verträgen, die eben das vorsehen, dass man einen ganzen konkreten Veranstalter nimmt, absieht.

Und daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz evaluiert alle stadteigenen Veranstaltungsstätten hinsichtlich der Kooperationspartner:innen und gastronomischen Infrastruktur.

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit ein Öffnen der Veranstaltungsstätten für sozioökonomischen Gastronomieanbieter und gastronomische Klein- und Mittelbetriebe möglich ist. Dankeschön (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

In Graz gibt es ein breites gastronomisches Angebot und die Stadt erfreut sich einer großen Vielfalt an Auswahl in diesem Bereich. Doch wenn es zu Events in stadteigenen Kultur- und Eventstätten kommt, ist mit der Vielfalt bald Schluss. In Veranstaltungsstätten, wo der direkte gastronomische Anbieter eingemietet ist und einen All-in-One-Service bieten kann, macht dies natürlich durchaus Sinn. Doch in Veranstaltungsstätten, wo dies nicht der Fall ist, sollte auch die Vielfalt unserer Genusshauptstadt sichtbar werden können.

Immer öfter jedoch haben uns Berichte erreicht, dass Veranstalter in Grazer Eventlocations einen gastronomischen Anbieter vorgeschrieben bekommen und sich aus diesem vorgefertigten Vertrag nur mit einer relativ hohen Summe freikaufen können, ohne dass dieser gastronomische Dienstleister eine Leistung erbracht hat.

Dies steht unserer Meinung nach auch im direkten Widerspruch mit unseren Ambitionen, Graz in allen Bereichen sozialer zu gestalten. Denn statt einen fixierten gastronomischen Anbieter so zu versorgen, könnten Veranstalter und auch Abteilungen der Stadt Graz hier sozial-ökonomische Gastronomie oder Klein- und Mittelbetriebe unterstützen.

Sehr oft schon in der Vergangenheit haben wir anlässlich der einen oder anderen Liegenschaft in der Hand der Stadt Graz darüber nachgedacht auch diese direkt an sozial-ökonomische Betriebe zu vermitteln. Dies würde zwei gute Dinge auf einmal bewirken: Veranstalter:innen hätten gleich einen direkten Kontakt zu mehreren sozialen Projekten, die darüber hinaus einen hervorragenden gastronomischen Service bieten und andererseits könnte man so auch Menschen in diesen arbeitsmarktpolitischen Projekten unterstützen.

Klar ist jedoch auch, so eine Veränderung muss wachsen und evaluiert werden. Kein bestehender Vertrag kann einfach so aufgelöst werden, das ist klar. Jedoch ist es an der Zeit, diese Evaluierung und diese Veränderung in den Grazer Veranstaltungsstätten einzuleiten und damit auch die Stadt Graz hier ein wenig zu öffnen.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

- *Die Stadt Graz evaluiert alle stadt eigenen Veranstaltungsstätten hinsichtlich der Kooperationspartner:innen und gastronomischen Infrastruktur.*
- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit ein Öffnen der Veranstaltungsstätten für sozioökonomische Gastronomieanbieter und gastronomische Klein- und Mittelbetriebe möglich ist.*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Antragstellerin, liebe Anna. Ich finde deinen grundsätzlichen Gedanken zu deinem Dringlichen super, echt toll, möchte dich aber in die Umsetzung deiner Idee ein bisschen mitnehmen können mit meinen Ausführungen. Ich freue mich auch, dass du deinen Koalitions- oder Regierungspartner beauftragst mit einer Liste an Übersicht, welche städtischen Einrichtungen zu welchen Pächterverträgen es gibt. Und glaube, dass es dir nicht ganz bewusst ist, warum bei Ausschreibungen eben größere Cateringanbieter oder Gastronomen zum Zug kommen, nämlich weil, und das kann ich aus eigener Businesserfahrung auch sagen, weil man halt mit einer größeren Menge an Personal, das fängt bei der Küche an und hört im Servicebereich und bei den Auf- und Abbauarbeiten auf, anfangen muss. Und es bedeutet auch, eine Verantwortung für diese Auftragsituation annehmen zu können. Das möchte ich aber natürlich den von dir angesprochenen Einrichtungen nicht absprechen, nur glaube ich, dass sie in dieser Größenordnung nicht mithalten werden können. Von daher würde ich deine schöne Idee eher so in Umsetzung bringen, dass es löblich wäre, wenn du ein Pilotprojekt einfach umsetzt mit einem Regierungspartner und uns dann nicht mit diesem dringlichen Antrag überrascht. Wo ich sage, nein, da können wir nicht mitgehen, weil es einfach unmöglich ist, in der Umsetzung so zu arbeiten. Und das rede ich jetzt nicht aus der Luft gegriffen, sondern, wie gesagt, das kann ich auch aufgrund meiner Erfahrungen machen. Natürlich kann man auch Pächtern in Einrichtungsstätten mit der Bitte entgegenkommen, ob sie nicht mit der einen oder anderen Einrichtung bei Veranstaltungen zusammenarbeiten. Man muss ja nicht diesen Einrichtungen jetzt Pachtverträge umhängen, wo sie dann vielleicht nach ein oder zwei Jahren kapitulieren, weil sie es einfach nicht schaffen. Ich glaube, dass man eher aufeinander zugehen müsste und in Umsetzung gehen kann, und dazu braucht es keinen dringlichen Antrag, liebe Anna, sondern man könnte einfach ein Pilotprojekt starten und von daher sehen wir die Dringlichkeit nicht begeben und werden nicht zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

StRⁱⁿ **Schönbacher:**

Liebe Anna, ich danke dir für diesen Antrag. Er ist ja auf zwei Punkte aufgeteilt und ich bitte im Namen des (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklubs darum, die Punkte getrennt abzustimmen. Warum bitte ich darum? Weil uns geht es mehr um die Gastronomieanbieter, und anhand deiner Wortmeldung würde ich sagen, dir geht es mehr um die sozioökonomischen Gastronomiebetriebe, was ja natürlich auch in Ordnung ist. Punkt eins, warum ja? Ich kenne das auch. Wir haben auch schon Veranstaltungen gehabt, zum Beispiel in der Messe und Co., wo wir einfach etwas nehmen mussten, was wir dann nicht wirklich haben wollten vom Catering her oder auch nichts selbst Mitgebrachtes verkaufen durften oder Gespendetes verkaufen durften, damit wir Spenden sammeln können für einen gemeinnützigen Verein. Das war einfach nicht möglich oder ist uns eben von einem Pächter nicht erlaubt worden. Deswegen denke ich, der Punkt eins ist für uns durchaus in Ordnung. Warum der Punkt zwei nicht für uns in Ordnung geht, möchte ich kurz erläutern, und zwar eben die Gastronomiebetriebe stehen sich da für mich den sozioökonomischen Betrieben gegenüber. Und warum ist das so? Weil zum einen, oder sehe ich das so als ehemalige Unternehmerin, dass einfach die Gastronomiebetriebe leidgeprüft sind, nämlich durch die Corona-Maßnahmen. Zum einen haben sie ein Betretungsverbot gehabt, haben sehr schwierig um Hilfen ansuchen müssen, der Steuerberater hat oft gleich viel kostet, wie tatsächlich die Hilfe dann ausgemacht hat, und schlussendlich sind ihnen dann die Mitarbeiter auch noch davongelaufen. Das heißt, es gibt weder Fachkräfte noch Hilfsmitarbeiter in den Unternehmen, die in den sozioökonomischen Betrieben gebunden sind, das heißt, es könnte ein Teil dieser Mitarbeiter vielleicht eher für uns bei den Gastronomiebetrieben helfen. Wir würden eher die Gastronomie gerne gestärkt haben als jetzt die sozioökonomischen Betriebe zu stärken, die sowieso schon eine Förderung bekommen von Ländern und von den Gemeinden. Also beide haben ihre Berechtigung. Wir sehen eher einen Bedarf, die Gastronomiebetriebe selbst, die Klein- und Mittelbetriebe, zu stärken und jetzt nicht die sozioökonomischen Betriebe. Deswegen werden wir beim Punkt zwei dagegenstimmen. Ich danke (*Appl.*).

GR Mag. Dr. **Kozina-Voit**:

Liebe Anna Robosch, danke für diesen Antrag. Wir sind wieder beim Ernährungsthema heute und ich finde das sehr wichtig, dass wir uns da natürlich auch über diese Frage Gedanken machen. Mir ist dann eingefallen, bei den ersten Gemeinderatssitzungen, ich habe mich sehr geärgert, dass wir da immer ein Riesenkühlschrank mit lauter Plastikflaschen drinnen gehabt haben. Das war ein Teil des Caterings, das bei der Messe standardmäßig angeboten wird. Und bin auch immer wieder bei stadteigenen Kultur- und Eventstätten, ich habe selber das Gewerbe auch im Veranstaltungsmanagement, ich glaube, wir sollten genau dort mit gutem Beispiel vorangehen. Wir sollten genau dort Gastronomiebetriebe, Caterer beauftragen, die auf Qualität achten, die auf regionale Zutaten achten, die auf ein ausgewogenes Angebot achten, die auf wenig Müll achten, die aber auch natürlich auf das Wohlergehen der Mitarbeiter:innen, auf faire Bezahlung, auf Inklusion und andere soziale Themen achten. Also denen verstärkt dort eine Bühne zu geben, fände ich sehr gut. Ich fände es auch gut, im Sinne einer lebendigen Marktwirtschaft. Wir haben da schon ein bisschen ein Oligopol, also es sind immer wieder die gleichen Anbieter, wenn man sich das anschaut jetzt bei den Städten. Und wir brauchen da eine Vielfalt und wir können damit auch einen Beitrag leisten, ein ökologisches und sozial nachhaltiges Wirtschaften zu befördern. Von dem her volle Zustimmung von unserer Seite. Und das ist auch nichts, weil das jetzt so gekommen ist, es sind ja nichts gegen die Größeren, aber warum man da jetzt fixe Verträge machen muss, warum da dann Abschlagszahlungen notwendig sind, das finde ich nicht wirklich nachvollziehbar. Es spricht eigentlich nichts dagegen, auch jetzt vor allem das zu evaluieren, zu prüfen, so wie das da im Antrag steht und auch das Ganze einfach einmal zu öffnen für diese Betriebe, also da brauchen wir jetzt nicht die sozioökonomischen gegen die normalen Gastronomiebetriebe ausspielen, sondern es geht einfach darum, dass wir da ein gutes Angebot haben und dass wir auch eben anderen Playern hier der diesen Markt zugänglich machen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und SPÖ) angenommen.

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zum Abschluss möchte ich trotzdem ein bisschen eingehen auf das, was gesagt wurde. Ich verstehe nicht, warum man auch in der Gastronomie, wo es ja ein vielfältiges Angebot gibt, wo es ja sehr viele große und auch sehr viele Klein- und Mittelbetriebe gibt, warum man da auch noch nachhelfen muss, wenn sie schon diesen Vorteil haben, dass die großen Betriebe größere Veranstaltungen leichter abdecken können, warum sie dann auch noch einen so einen Vorteil dadurch bekommen, dass sie solche Verträge haben, wo man, ohne eine Leistung zu erbringen, auch noch Abschlagszahlungen bekommt. Und Fakt ist schon, dass wir in dieser Stadt die Situation vorfinden, dass man, wenn man in einer Graz Veranstaltungsstätte ein Event macht, die Ablöse zahlt und einen anderen Caterer bezahlt, der ein Klein- und Mittelbetrieb, in dem Fall, den ich jetzt gerade nehme, war, der trotzdem billiger angeboten hat und man trotzdem billiger aussteigen würde, als wenn man das Angebot des eigentlichen Pächters, vertraglich abgesichert, genommen hätte. Und wenn das die Situation ist, dann finden wir das nicht gerecht. Dann finden wir das auch nicht im Sinne der Vielfalt im gastronomischen Angebot der Stadt Graz und dann finden wir auch nicht, dass das irgendwie unser Anspruch an unsere eigenen Veranstaltungsstätten sein sollte. Und, liebe Frau Stadträtin Schönbacher, danke, dass du zumindest beim ersten Punkt mitgehst, aber beim zweiten Punkt hast du genau das gemacht, was wir mit diesem Antrag nicht machen wollten. Nämlich die einen gegen die anderen auszuspielen, die sozioökonomischen gegen die Klein- und Mittelbetriebe in der Gastronomie auszuspielen, obwohl das im Endeffekt so vergleichbar wie Äpfel und Birnen ist. Weil, und ich arbeite eigentlich in der Nähe von solchen Betrieben und von solchen Angeboten, sozioökonomischen in dem Fall, und das ist nämlich ein Angebot und ein Projekt im zweiten Arbeitsmarkt. Das heißt, die Leute, die dort angestellt sind, die dort in diesen Projekten tätig sind, sind gar nicht für den ersten Arbeitsmarkt in der Gastronomie verfügbar und deswegen können sie auch nicht der Gastronomie weggenommen werden. Das möchte ich hier nur dazusagen und deswegen kann man die auch nicht miteinander vergleichen und deswegen sollten wir schon schauen, auch nach dieser Corona-Zeit, und da gebe ich Ihnen Recht, da hat es

sehr viele gastronomische Betriebe gegeben, die sehr gelitten haben unter diesen Corona-Maßnahmen, aber man muss auch dazusagen, die Betriebe, die ihre Leute nicht gleich rausgeschmissen haben, die Betriebe, die geschaut haben, dass es auch weiterhin ein Anstellungsverhältnis gegeben hat, die haben auch nach der Pandemie und nach den Lockdowns Leute gefunden. Die Betriebe, die gut zahlen und gute Arbeitsbedingungen schaffen, finden auch heute Leute, die dort in der Gastronomie arbeiten wollen und ich spreche da ganz konkret auch von Betrieben, die ich persönlich kenne, wo ich schon gearbeitet habe und deswegen verwehre ich mich auch gegen diesen Vorwurf, dass man quasi da sagt, die Gastro ist so arm und deswegen müssen wir denen jetzt quasi, auch die große Gastro ist so arm, deswegen müssen wir denen solche Verträge geben. Das finde ich nicht. Und deswegen bedanke ich mich bei allen, die sich diesem Antrag für sozioökonomische Betriebe und für Klein- und Mittelbetriebe in der Gastronomie anschließen und möchte ich damit schließen (Appl.).

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 1) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Punkt 2) wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, KFG und Lohr) angenommen.

**8.7 Offenlegung der Vereinsförderungen durch Grazer Parteien und Gemeinderatsklubs
(KO GR Mag. Alexis Pascuttini, KFG)**

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Damen und Herren Stadträte. Beim heutigen dringlichen Gemeinderatsantrag da sprechen wir eigentlich über etwas, was sehr österreichisch ist. Es gibt sogar einen eigenen Begriff, der sich in vielen anderen Sprachen nicht findet, nämlich den Begriff der Vereinsmeierei. Und das ist eigentlich

durchaus ein positiv besetzter Begriff. Das Leben, das gesellschaftliche Leben findet halt vielfach in Vereinen statt und das ist auch etwas, was wir als sehr unterstützenswert finden. Gefährlich wird diese Vereinsmeierei dann, wenn sie von Politikern im überwiegendem Maße ausgelegt wird, wenn politische Proponenten, eben Protagonisten, in diesen Vereinen wirken und da dann auch über diverse Kanäle Gelder in diese Vereine fließen lassen. Glauben Sie mir, das passiert sehr, sehr oft, ich habe in den letzten Tagen recherchiert, da gibt es die vielfältigsten Beispiele dafür auf kommunaler Ebene, aber einfach regionaler Ebene, Sie kennen die Vereine, aktuell läuft auch gerade einem Korruptionsprozess in Wien gegen einen ehemaligen grünen Politiker, gegen den Herrn Chorherr, wo es auch um Spenden an Vereine geht. Aus meiner Sicht, und auch aus der Sicht des (Korruptions-)Freien Gemeinderatsklubs muss es einfach die Möglichkeit geben, dass man diese Verwicklungen zwischen Vereinen, Parteien und Gemeinderatsklubs unterbindet. Graz kann da jetzt den Schritt in die richtige Richtung gehen, kann sich, da ja eben aktuell diese Richtlinien überarbeitet werden, die die Auszahlung der Klubfördermittel betrifft, kann hier eben den richtigen Schritt gehen, kann sich da jetzt ein strenges Regelwerk geben, um in Zukunft zu verhindern, dass Klub- und Parteimittel an Vereine fließen. Das ist richtig, wobei ich auch anmerken muss, dass Parteien, aber auch Klubs im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit gewisse Vereine unterstützen, sei es mit Sachspenden, sei es mit Geldspenden. Das ist natürlich, wohl dosiert, eine gute Sache und das soll auch in Zukunft möglich sein. Nur, wie es auch im Antrag angeführt ist, diese Verwicklung zwischen Vereinen, Parteien, Klubs und dann vielleicht noch mögliche Anstellungen zwischen den Politikern und diesen Vereinen, das sollte gründlichst vermieden werden.

Wir stellen daher den

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und Gemeinderatsklubs werden künftig dazu angehalten, alle ihre Zuwendungen an Vereine, die sie mit ihren Partei- oder Klubgeldern tätigen, offenzulegen und auch transparent darzustellen. Eine derartige Transparenzbestimmung soll im Zuge der aktuell stattfindenden Überarbeitung der entsprechenden Richtlinien geschaffen werden. Ich bitte um Ihre Zustimmung

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Auf Grund der aktuell in Kraft stehenden – und sehr dehnbaren – Förderrichtlinien sind Unterstützungen aus Klub- und Parteifördermitteln an Vereine möglich, doch wissen weder die Fördermittel auszahlenden Stellen der Stadt Graz noch die Öffentlichkeit, welche Vereine in welchem Ausmaß mit Klub- und Parteifördermitteln unterstützt werden.

Eine wohl dosierte Unterstützung von Vereinen und deren Vereinszwecken durch Parteien und Klubs im Zuge deren Öffentlichkeitsarbeit ist in den meisten Fällen sicherlich gerechtfertigt und begrüßenswert. Dennoch besteht die Gefahr, dass über Vereinskonstruktionen Partei- und Klubfördermittel „gewaschen“ und damit insbesondere Vereine unterstützt werden, in denen Politiker maßgebliche Funktionen innehaben oder gar Angestelltenverhältnisse zwischen den Vereinen und Politikern vorliegen. Die Erfahrung zeigt deutlich, dass in der Vergangenheit immer wieder Lücken gefunden wurden, um Partei- und Klubgelder in die falschen Kanäle fließen zu lassen. Durch eine Offenlegung sämtlicher Zahlungsflüsse an Vereine kann dies verhindert werden.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien und Gemeinderatsklubs werden künftig dazu angehalten, alle ihre Zuwendungen an Vereine, die die sie mit ihren Partei- oder Klubgeldern tätigen, offenzulegen und auch transparent darzustellen. Eine derartige Transparenzbestimmung soll im Zuge der aktuell stattfindenden Überarbeitung der entsprechenden Richtlinien geschaffen werden.

GR Dr. Hackenberger:

Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher hier Raum und zuhause. Ich danke dir für diesen sinnvollen und zielführenden dringlichen Antrag. Und ich erinnere daran, dass wir uns als Gemeinderat am 17. November dazu bekannt haben, zur Notwendigkeit bekannt haben, die Richtlinien für die Förderung der im Grazer Gemeinderat vertretenden Parteien und die Finanzierung der Klubs im Sinne der Transparenz und besseren Kontrolle weiterzuentwickeln, möglichst entlang der Bestimmungen der allgemeinen Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Graz. Und wir haben den Stadtrechnungshof ersucht, in Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion, Präsidialabteilung, dem Gemeinderat bis zu dessen Sitzung im Jänner 2023 einen Entwurf zur Diskussion und zum Beschluss vorzulegen. An sich inkludiert das mehr oder weniger den heutigen Antrag. Es ist trotzdem gescheit, aus meiner Sicht, dass man den Aspekt, der heute beleuchtet wird, besonders hervorhebt, weil es ja offensichtlich eine geradezu unselige Tradition in Österreich gibt, dass Gelder für Politik in Vereine fließen und dort in mehr oder minder undurchsichtigen Quellen versickern. Wir werden also darauf schauen, dass die Mittel zielgerichtet ausgegeben werden und im Zuge dessen erscheint es sinnvoll, auch besonders darauf zu schauen, was mit dem Geld in Bezug auf Vereinen passiert, in welche Vereine das Geld fließt. Insofern werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt des Antrages zustimmen. Dankeschön (*Appl.*).

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglied des Stadtsenates, werte Kolleginnen, lieber Kollege Pascuttini. Vom Saulus zum Paulus ein bisschen. In der Sache ist das Ganze wunderbar. Und wir werden gerne zustimmen, weil natürlich das ist unsere Genetik die Transparenz. Ich darf doch daran erinnern, dass, als Sie noch FPÖ-Klubobmann waren, Sie als einzige Fraktion oder als einziger Klub gegen das Transparenzpaket der Statutenänderung, wo es auch um Finanzen geht, dagegen gestimmt haben (*Appl.*).

Aber deshalb Gratulation zu dieser Verwandlung. Ich sage jetzt nicht mehr Saulus und Paulus, sondern Raupe zum Schmetterling (*Gelächter im Saal*).

Das freut mich wahnsinnig, ist sehr schön. Ich hätte gerne noch vielleicht, weil ich wirklich nicht verstehe auch, das mag sein, weil ich Quereinsteiger bin, warum das sinnvoll ist, dass politische Parteien in Vereine irgendwie investieren, das verstehe ich bis heute nicht. Da würde ich gerne noch vielleicht eine Erklärung von Ihnen haben, warum das sinnvoll ist, wenn Sie so lieb sind, ansonsten, alles was in Richtung mehr Transparenz geht, da sind wir gerne dabei (*Appl.*).

GR **Alic**:

Sehr geehrter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Vielen Dank für diesen Antrag. Das freut mich sehr, nicht nur, weil ich die Möglichkeit habe, meinen feinen Zwirn auszustellen, sondern auch, um hier vorzulesen oder zumindest vorzutragen, was die KPÖ bereits mit ihren Klubgeldern gemacht hat, nämlich zu zwei Drittel an die Grazer Bevölkerung, so in etwa zu zwei Drittel bisher, an die Grazer Bevölkerung direkt weitergegeben hat und nicht in Eigenwerbung oder in Selbstdarstellung ausgegeben hat. Was nämlich zählt, ist das, was die Leute erreicht, und manchen reicht es natürlich, wenn es erzählt wird. Und um ganz konkret auf die Vereinsförderungen einzugehen, die ja Inhalt deines Antrages sind. Ich werde das jetzt nicht vorlesen, dazu fehlt die Zeit und das ist mir auch zu kleingedruckt, ich habe es Gott sei Dank schwarz auf weiß und nicht transparent, sonst könnte ich es ja gar nicht

lesen. In Summe haben wir im heurigen Jahr Vereinen Geld in der Summe von 19.284,75 Euro ausgezahlt oder überwiesen. Und ich denke, das ist eine ganz schöne Summe, das freut uns sehr, das freut die Vereine. Und nur, weil ich es jetzt nicht aufzählend vorlese, natürlich es liegt auf, also wer es wissen will, kann mich fragen, kann zu uns in den Klub kommen, so gesehen ist es transparent. Es freut mich, dass du mit solchen Anträgen dich sozusagen von unseligen Ereignissen aus der Vergangenheit deiner ehemaligen Partei zu distanzieren versuchst. Ein bisschen widersprüchlich ist dann, dass du dann trotzdem Gedichte aufsagst mit einem ähnlichen Niveau, die damals der nette Armin Sippel aufgesagt hat (*Gelächter im Saal*).

Also das widerspricht sich, der hat die aber selber geschrieben (*Gelächter im Saal*).

Ja, ich weiß, ich bin nicht in der Fragestunde, es ist nur, ein paar Sekunden bleiben mir noch an Zeit, und ich weiß jetzt nicht, ich habe einen Sammelbegriff für alle, der Begriff (Korruptions-)Freier Klub ist mir einfach zu sperrig, ich weiß aber schon, was das bedeutet, aber ihr seid ja, wie soll ich sagen, die gleichen Personen, und sagen wir blässbläulich blühende Partie, um einen Stabreim zu verwenden, oder wir Liebenauer sagen Alliteration zu solchen Sachen (*Gelächter im Saal*).

Jetzt seid ihr korruptionsfrei, und weil wir heute am Anfang, zu Beginn der Sitzung fast eine sobotaeske Geschäftsordnungsdiskussion gehabt haben, möchte ich aus der Geschäftsordnung vorlesen, jetzt bin ich tatsächlich über der Zeit, es gibt ja irgendwie die Verpflichtung, auch an Ausschusssitzungen teilzunehmen, und jetzt seid ihr korruptionsfrei, aber nicht dienstfrei, und jetzt stelle ich mir vor, ihr solltet schon „die Hockn mochn“, und ich weiß es nicht, ich kann dich ja nachher noch beim Bier fragen, warum ihr da nicht teilnehmt an den Sitzungen, also da vermisse ich euch jetzt in den Ausschusssitzungen. Aber sonst, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt natürlich zustimmen. Danke für den Antrag (*Appl.*).

KO GR Ehmman:

Frau Vorsitzende, geschätzte Kolleg:innen und Stadtsenat und im Gemeinderat, auf der Tribüne und im Livestream, lieber Antragssteller. Ja, manchmal braucht es ein bisschen

Zeit, manchmal braucht es Ereignisse, um hier was in Bewegung zu bringen. Das Ereignis war unschön, aber der Ausgang dessen, oder Ausfluss dessen, geht jetzt zumindest in die richtige Richtung, dass man sagt, ja, man unternimmt in dieser Frage was. Wobei ich schon darauf hinweisen möchte, dass wir uns als Koalition dem schon lange verschrieben haben und eigentlich schon begonnen haben, mit dem Stadtrechnungshof gemeinsam hier in diese Richtung gearbeitet haben, da war der Kollege Wagner, den ich jetzt nicht sehe, ach so, der ist entschuldigt, im war damals, als ihr noch bei der FPÖ wart, für die FPÖ dabei, da hatten wir dieses Thema Transparenz und wie gehen wir überhaupt mit Förderungen in der Darstellung der Förderungen der Öffentlichkeit und so weiter um. Aber das ist jetzt ein weiterer Anstoß, und ein bisschen motiviert, dass wird das auch in diesem Sinne behandeln. Selbstverständlich stellen wir diese Sachen auch öffentlich. Wir haben da kein Problem damit, und insbesondere deshalb werden wir auch der Dringlichkeit als auch dem Inhalt folgen. Kurz und knapp. Danke (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, liebe Kollegen, danke für die Wortmeldungen. Mich freut natürlich die sich abzeichnende Zustimmung zu unserem Antrag. Mich freut auch die einstimmige Dringlichkeitsbekundung. Ich versuche jetzt, auf alle Wortmeldungen ein bisschen einzugehen, damit ich niemanden vergesse. Danke, Michi, du bist der Erste, du hast mir keine Fragen gestellt, danke für deine Zustimmung. Zum Kollegen Pointner, danke auch für deine Wortmeldung. Danke auch für dein Zitat, dem ich so nicht ganz nachfolgen kann, vom Saulus zum Paulus. Ich habe gedacht, was habe ich denn Schlimmes verbrochen? Du hast es dann darauf bezogen, dass wir damals nicht mitgestimmt haben. Ich kann hier jetzt mit einem Gegenzitat antworten: „Man bereut ja immer das, was man nicht getan hat und nicht das, was man getan hat.“ Und wir haben ja damals aus gutem Grund nicht mitgestimmt. Ich empfehle, da einfach das Protokoll nachzulesen. Und dieser Spruch ist mir jetzt gerade nicht eingefallen, der hat schon sehr, sehr lange Tradition, gerade letztens wieder gelesen, Marc Aurel,

Selbstbetrachtungen. Also da findet man durchaus diesen Spruch auch. Das ist jetzt nichts, was ich mir da selbst irgendwie zusammengereimt habe. Zur Wortmeldung vom Kollegen Alic, auch dir Dankeschön, dass du da uns zustimmst. Ich darf deine Wortmeldung von hinten aufrollen, also warum wir hier die Ausschüsse nicht besuchen, da müsstest du mich nachher sagen, um welche Ausschüsse es konkret geht. Dann können wir das vielleicht im direkten Austausch gleich besprechen. Wenn es darum geht, wer welche Arbeit nicht macht, dann denke ich, die wichtigste Arbeit, die zu machen ist von der Stadtregierung, ist, diese Stadt wieder in sichere finanzielle Gewässer zu führen. Weil, ob jetzt ein Gemeinderat im Ausschuss sitzt oder nicht, wird uns nicht alle vor das Straflandesgericht führen. Wenn diese Stadt aber irgendwann wirklich mit Bomben und Granaten in die Zahlungsunfähigkeit schlittert, dann gibt es vielleicht auch Haftungsfragen, die wir woanders klären müssen. Deswegen gebe ich den Auftrag zurück, die Arbeit zu machen, an die Stadtregierung, an deine Fraktion. Das ist, glaube ich, eine sehr, sehr wichtige Aufgabe. Wenn diese große Aufgabe erledigt ist und der Finanzdirektor nicht mehr mahnende Klauseln in die Anträge reinschreiben muss, ich glaube, das hat es noch nie gegeben, aber man möge mich korrigieren, ich bin kein Historiker. Um auch mit dem Gedicht noch kurz darauf einzugehen, ich schreibe keine Gedichte, ich habe auch das Gedicht nicht selbst geschrieben, mir hat es sehr gefallen. Das war der Göstinger Heimatdichter Günther Schwarzbauer, und da sind die Geschmäcker verschieden. Wenn es der Vortrag alleine war, der schlecht war, dann nehme ich das natürlich auf meine Kappe, aber Kabarettist bin ich noch keiner, vielleicht später einmal. Das mache ich dann gemeinsam mit dem Kollegen Dreisiebner, der das ja vorhat vielleicht. Ja, alles in allem, ich glaube, es ist uns heute etwas gelungen, wenn wir das beschließen, wenn wir das durchbringen. Ich denke, es ist auch wichtig, dass man aus den Ereignissen der vergangenen Monate etwas lernt und dass man diese Dinge dann auch dem Stadtrechnungshof, der ja gerade an dieser Überarbeitung arbeitet, auch zukommen lässt. Weil egal wie gut die Experten sind, die Praxis ist immer etwas, wo man sehr, sehr viel mitnehmen kann. Und ich denke, dieser heute hier beschlossene Antrag der kann dann schlussendlich wirklich auch etwas dazu beitragen, dass wir in Zukunft gewisse Dinge nicht mehr

erleben. In diesem Sinne noch einmal danke an alle Redner, danke für alle Wortmeldungen, danke für die Zustimmung (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.24 Uhr).

8.8 Transparentes Beschaffungswesen für die Stadt Graz (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner**:

Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Stadtregierung. Ich surfe quasi auf der gleichen Welle weiter, und es geht wieder um Transparenz. In diesem Zusammenhang geht es um ein mögliches Einfallstor für Intransparenz und allenfalls sogar Korruption, das ist das Auftrags- und Beschaffungswesen. Und ich bin halt wirklich persönlich angetreten als Quereinsteiger genau wegen dieser Dinge, weil es da Handlungsbedarf gibt, aber das wissen wir ja alle. Und jetzt gibt es eine nette NGO, nämlich Transparency International Austria, die so einen jährlichen Index für transparente Gemeinden darstellt, und da ist Graz leider nicht an erster Stelle. Und ich habe da schon die Vision, dass wir das schaffen können, nämlich die transparenteste Stadt Österreichs zu werden. Und deshalb halte ich mich bei dem dringlichen Antrag an das Regierungsprogramm der derzeitigen Stadtregierung an, die ein folgendes Versprechen abgegeben hat, nämlich wörtlich, ich zitiere: Transparenz über Entscheidungen im Vergabeverfahren unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen herzustellen. Und um das Ganze ein bisschen weiterzubefördern, weil das bis jetzt noch nicht in dieser Schlagrichtung passiert ist, stelle ich den

dringlichen Antrag

gemäß § 18 der Geschäftsordnung:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, welche zusätzlichen Transparenzregeln in der Auftragsvergabe der Stadt Graz umgesetzt werden können, um allfällige Korruption zu verhindern. Dem Gemeinderat ist binnen sechs Monaten ein Bericht über die Ergebnisse der Prüfungen vorzulegen. Ich bitte um breite Zustimmung (*Appl.*).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Anfang Juni dieses Jahrs veröffentlichte die NGO Transparency International Austria (TI-Austria) ihren jährlichen Index Transparente Gemeinden (ITG). Dieser Index „ist das österreichweit erste Messinstrument für Transparenz in Kommunalverwaltungen. Er ist zentraler Bestandteil des Projekts Transparente Gemeinde, mit dem TI-Austria die Verwaltung österreichischer Städte und Gemeinden in allen Bereichen transparenter gestalten will. Anhand eines Katalogs von insgesamt 50 Transparenzkriterien in 10 Kategorien wurden auf Basis internationaler best practices Informationen definiert, die für jede Bürgerin und jeden Bürger österreichischer Städte und Gemeinden relevant sind und daher von Städten und Gemeinden proaktiv zur Verfügung gestellt werden sollten.“¹

Im diesjährigen Ranking wurde Graz von Wels in Oberösterreich überholt und musste sich den dritten Platz mit Linz teilen. An der Spitze liegt nach wie vor Wien mit rund 10 Punkten Vorsprung auf Graz. Vor allem fehlende Transparenz-Regeln in der Auftragsvergabe haben Graz wertvolle Punkte gekostet. Nun haben sich KPÖ, GRÜNE und SPÖ in ihrem Regierungsprogramm erfreulicherweise auch der Transparenz verschrieben und „Transparenz über Entscheidungen im Vergabeverfahren (Bieter,

¹ <https://ti-austria.at/projekt-transparente-gemeinde/index-transparente-gemeinde/>

Anbote, Ausschlüsse etc.) unter Wahrung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen“² versprochen. Das ist gut, denn damit können wesentliche Punkte für den Index Transparente Gemeinden von Transparency International Austria auf dem Weg zur transparentesten Stadt Österreich gesammelt werden.

Bis dato ist die Stadtregierung diesem Versprechen jedoch nicht nachgekommen und im kommenden Jahr droht der Stadt Graz, abermals von anderen österreichischen Städten und Gemeinden im Index Transparente Gemeinden von Transparency International Austria geschlagen zu werden. Darum ist ein sofortiges Handeln seitens der Stadtregierung gefordert, um die noch fehlenden Transparenz-Regeln in der städtischen Auftragsvergabe endlich einzuführen. Schlussendlich kann eine transparente Auftragsvergabe auch in der dramatischen Finanz-Situation, in der sich die Stadt Graz aktuell befindet, hilfreich sein. Das Motto muss lauten: „Nur Transparenz und Kontrolle garantieren effiziente und nachhaltige Auftragsvergaben.“ Darüber hinaus verhindert ein transparentes und nachvollziehbares Beschaffungswesen Korruption und steigert das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, welche zusätzlichen Transparenz-Regeln in der Auftragsvergabe der Stadt Graz umgesetzt werden können, um Korruption zu verhindern.

Dem Gemeinderat ist binnen drei Monaten ein Bericht über die Ergebnisse der Prüfung vorzulegen.

² <https://b.ds.at/2021/11/13/Grazer-Regierungsprogramm-der-KPOe-Gruenen-SPOe-Koalition.pdf>

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Schönen guten Abend, lieber Herr Kollege Pointner, danke für deinen Antrag. Wobei ich eingangs gleich festhalten möchte, dass es wirklich tragisch ist, dass Graz vom zweiten auf den dritten Platz abgerutscht ist. Das ist wirklich bedauerlich, und ich verstehe auch natürlich deinen Wettkampf in dir, der Beste zu sein. Das möchtest du mit vielen Dingen, die du uns auch in diversen Ausschüssen abverlangst. Aber in dem Fall muss ich wirklich sagen, wir können stolz sein, dass die Landeshauptstadt Graz sich bedauerlicherweise jetzt den dritten Platz mit Linz teilen muss und trotzdem an der Spitze in dem Ranking steht. Ich möchte auch ganz bewusst sagen, dass du auch unserer Verwaltung beziehungsweise auch unseren Abteilungsvorständen oder auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern irgendwo unterstellst, dass mögliche Korruption möglich ist, um es vorsichtig zu sagen, und dahingehend möchte ich schon ganz vehement sagen, ich glaube nicht, dass das nur auf irgendeiner Ebene im Haus Graz möglich ist aufgrund der Vorgaben, die wir dahingehend haben. Und um ja nichts falsch zu machen, glaube ich, dass diese rechtlichen Vorgaben und Strukturen mehr als einmal kontrolliert werden, bevor ein Auftrag bestätigt wird. Und zum anderen darf ich dir nur sagen, dass auf der anderen Seite selbstverständlich auch die Unternehmerinnen und Unternehmer, die sich bewerben um die Vergabe der Aufträge, ganz genau schauen, ob die Vergabe auch rechtens erfolgt ist und nicht eine Unternehmerin oder ein Unternehmer das Nachsehen, wegen Schlampigkeit im Vergaberecht, den Nachteil erfahren hat. Also von daher sehe ich deinen dringlichen Antrag nicht dringlich, möchte aber von dir nachher nicht die Schelte bekommen, dass ich damit Korruption unterstütze, sondern möchte nur darauf verweisen, dass ich mich verwehre, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Korruptionsmöglichkeiten zu unterstellen, denn ich bin versichert, dass die Stadt Graz Aufträge mehr als rechtens vergibt. Dankeschön (*Appl.*).

KO GR **Dreisißner**:

Werte Kolleginnen, sehr geehrte Damen und Herren im Livestream, werter Antragssteller. Ein Stück weit mag ich bei der Clubobfrau Daniela Gmeinbauer anschließen. Wenn man den Motiventext durchliest, hat man wirklich das Gefühl, man ist in einer Wettbewerbssituation und das ist alles ganz dramatisch, außer man macht die Goldmedaille beziehungsweise den ersten Platz. Ja, wir wollen uns verbessern, wir wollen uns stetig verbessern. Dahingehend ziehe ich einen anderen Schluss als die Kollegin Gmeinbauer. Wir werden Dringlichkeit und Inhalt dieses Antrages unterstützen, weil es wichtig ist, sich zu bemühen, immer besser zu werden. Aber hören wir bitte auf, uns da um sogenannte Kriterien, sind wir Erster, sind wir Zweiter, sind wir Dritter, sondern schauen wir drauf, was die Magistratsdirektion, namentlich der Martin Haidvogel, dahingehend leistet, und natürlich die Leute in seinen Teams, was der Stadtrechnungshof dahingehend leistet. Und bitte stellen wir auch außer Streit, dass es keine Anlassfälle gibt für das, was das Ziel deines Antrages ist. Das fehlt mir nämlich schlussendlich auch ein Stück weit. Wir haben dahingehend keine aktuellen Anlassfälle, aber wir wollen auch in Zukunft nicht dasitzen und über einen solchen Anlass, der möglicherweise doch mal kommen könnte, lamentieren müssen. Das heißt, wir werden und wollen besser werden. Und dahingehend danke ich für deinen Antrag, aber tun wir nicht Erster, Zweiter, Dritter und Vierter ist gar nichts mehr wert. Dankeschön (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

GR Mag. **Pointner**:

Vielen Dank für die breite Zustimmung einmal zur Dringlichkeit. Zur Kollegin Gmeinbauer, ich bedanke mich für das, wie soll ich sagen, das ist schon ein Kunststück, die Unterstellung einer Unterstellung.

Zwischenruf CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Du hast ja angefangen.

GR Mag. **Pointner**:

„Du hast angefangen“, ist ein bisschen Kindergartenniveau, aber macht nichts. Ich stehe da nicht mit dem Schauerl. Ich habe das nicht behauptet. Es geht mir um das Wiederherstellen auch von Vertrauen in die Politik und nicht in Richtung Verwaltung. Das steht da nirgends drinnen. Also diese Unterstellungen einer Unterstellung läuft für mich absolut ins Leere. Für mich steht eben Transparenz darüber, einfach, dass alles was wir tun, kristallklar sein muss. Und Anlassfälle, lieber Kollege Dreisiebner, habe ich auch nicht behauptet, die sind auch nicht unterstellt. In diesem Sinne, ich bitte um breite Zustimmung für eine gute Sache und darf mich vielleicht im Voraus auch schon bedanken (*Appl.*).

Der Dringlichkeitsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und Lohr) angenommen.

8.9 Halbierung der Parteienförderung (GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)

GRⁱⁿ **Reininghaus**:

Sehr geehrter Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, liebe Gäste am Balkon, die es auch noch gibt, und liebe Zuschauer zuhause. Bei meinem dringlichen Antrag heute geht es um die Halbierung der Parteienförderung. Ich möchte es einleiten mit den Worten von Pascuttini Alexis, die mir sehr gefallen haben, er hat nämlich gesagt, es ist unsere Aufgabe, die Finanzen der Stadt Graz in ruhige Gewässer zu schiffen. Und ich finde, ja, das ist unsere Aufgabe. Wenn wir von Halbierung der Parteienförderung reden, dann möchte ich vielleicht auch für alle Zuseher und Zuseherinnen, denen das Wort nicht so geläufig ist, einmal den Begriff genauer erläutern, genauer

hinzuschauen, denn es gibt nicht die eine Parteienförderung, sondern eine ganze Reihe davon. Es gibt Förderungen für Wahlparteien, die Sie zum Beispiel dann bei Wahlen am Wahlzettel finden. Es gibt Förderungen für politische Parteien, also die etablierten Parteien, die das politische Tagesgeschäft ausüben. Und es gibt auch Förderungen für die Parlamentsklubs, damit diese ihre parlamentarische Arbeit überhaupt erfüllen können. Neben jährlichen, einmaligen und besonderen Parteienförderungen auf Bundesebene erhalten Parteien auch öffentliche Förderungen vom Land, von den Gemeinden und von den Städten. Es ist die Stadt Graz nach Maßgabe der Paragraphen 6d bis 6g des Steiermärkischen Parteienförderungs-Verfassungsgesetz sogar verpflichtet, für die Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung auf Stadtebene jährlich Fördermittel auszuschütten. Wie hoch die Förderung ist und wer darüber entscheidet, ist im § 6f des Steiermärkischen Parteienförderungs-Verfassungsgesetzes geregelt. Derzeit liegt die Höhe der Förderungen durch die Stadt Graz bei mindestens 5 Euro und maximal 5,45 Euro pro wahlberechtigter Person im Gemeindegebiet der Stadt Graz. Davon leitet sich auch der Begriff Gemeindefürfer, also die Förderung des Gemeindefürfers, ab, der also innerhalb der politischen Parteien immer wieder verwendet wird für diese Art der Förderung, und das ist jetzt aber nur eine Art der Förderung. Und um diese Förderung geht es in meinem Herabsetzungsbeitrag. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir die Höhe des Gemeindefürfers, so wie sich das eben bezeichnet, wenn Sie wollen, auf einem Gemeindedreier reduzieren, worüber auch, das ist der letzte Satz des § 6f des Steiermärkischen Parteienfinanzierungs-Verfassungsgesetzes, die Gemeinderäte die Entscheidungskompetenz haben. So könnte nach der aktuellen gesetzlichen Bestimmung Frau Bürgermeisterin Elke Kahr jährlich 1,25 Millionen Euro auf die Grazer Stadtparteien, je nach Mandatsstärke natürlich, aufteilen. Obwohl die laufende Senkung der Klubförderung bereits von der Stadtregierung beschlossen wurde, würden die Zuwendungen der Stadt an die Politik im kommenden Jahr insgesamt rund 2,1 Millionen Euro betragen. Lässt das die dramatische Budgetsituation in Graz überhaupt zu? Wenn wir auch darüber Bescheid wissen, dass Österreich gerade an den oberen Stellen rangiert, also weltweit, wenn es um Parteienförderungen geht. Ich

finde, nachhaltige Reformen stehen an, wichtige Zukunftsinvestitionen stehen an, beispielweise für den Bildungs- oder Pflegebereich. Das müssen wir stemmen, das müssen wir finanziell stemmen. Und gerade in Krisenzeiten sollte die Politik mit gutem Beispiel vorangehen und sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich mit den vorhandenen Steuermitteln umgehen. Auch nach der Halbierung des Gemeindefünfers blieben den Grazer Stadtparteien noch immer 625.000 Euro zum Verteilen übrig. Ich denke, das ist genug Geld, um die politische Arbeit gut erfüllen zu können. Unser Ziel muss es daher sein, die Ausgaben für die Stadtpolitik von derzeit rund 2,1 Millionen Euro auf zumindest 1,5 Millionen Euro zu senken und so gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern auch ein wichtiges Signal zu setzen. Da die Neos bereit sind, die Interessen der Stadt vor Parteiinteressen zu stellen, und das hat mit einem Verzicht von Geld zu tun, stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark am Petitionsweg, den Betrag im § 6f des Landesverfassungsgesetzes vom 11. Dezember 2012 über die Förderung der politischen Parteien im Land Steiermark zur Finanzierung der Förderung der Stadtparteien für ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf Stadtebene, insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit, Wahlwerbung, die Sicherstellung des personellen und sachlichen Aufwandes sowie die Aus- und Weiterbildung von Gemeinderatsfunktionär:innen von derzeit mindestens 5 und höchstens 5,45 Euro auf maximal 2,5 bis höchstens 3 Euro zu senken. Vielen Dank. Ich bitte um breite Annahme (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Angesichts der dramatischen Budgetsituation in Graz mit einem prognostizierten Schuldenstand von 3,2 Milliarden Euro im Jahr 2027 ist es erforderlich, dass die rot-grün-rote Stadtregierung sparsam und zweckmäßig mit den vorhandenen

Steuermitteln umgeht. Nachhaltige Reformen sind daher unerlässlich, damit die Stadt weiterhin in ausreichendem Maße die dringend benötigten Zukunftsinvestitionen – wie zum Beispiel im Bildungs- oder Pflegebereich – tätigen kann. Von diesen Reformen darf die Politik nicht ausgenommen werden. Gerade in Bezug auf die Parteienförderung, die in Österreich die höchste von ganz Europa ist, kann die Politik selbstständig aktiv werden und damit einen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushalts bieten. Den im Gemeinderat der Stadt Graz vertretenen Parteien (Stadtparteien) sind aufgrund des Landesverfassungsgesetz vom 11. Dezember 2012 über die Förderung der politischen Parteien im Land Steiermark (Steiermärkisches Parteienförderungs-Verfassungsgesetz) (StPFöLVG) jährlich Fördermittel der Stadt Graz für ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf Stadtebene – insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung, die Sicherstellung des personellen und sachlichen Aufwandes, die Aus- und Weiterbildung sowie Beratung von Gemeindefunktionär:innen zuzuwenden. Zur Finanzierung dieser Förderung hat die Stadt Graz mindestens 5,00 und höchstens 5,45 Euro je bei der letzten Gemeinderatswahl in ihrem Gemeindegebiet wahlberechtigter Person zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich ist eine jährliche Wertsteigerung vorgesehen. (vgl. StPFöLVG)

Aufgrund dieser gesetzlichen Bestimmung bekommen die Grazer Stadtparteien aktuell rund 1,25 Millionen Euro jährlich von der Stadt zur Verfügung gestellt. Zusätzlich finanziert die Stadt Graz die Gemeinderatsklubs bzw. die Arbeit der politischen Mandatäre des Gemeinderates mit ungefähr genauso vielen finanziellen Mitteln aus dem Stadthaushalt. Zwar wurden diese Gelder zuletzt um jährlich rund zehn Prozent gekürzt, doch summieren sich die Zuwendungen der Stadt an die Politik im kommenden Jahr noch immer auf insgesamt über 2,1 Millionen Euro. 2,1 Millionen Euro Steuergeld pro Jahr aus dem städtischen Haushalt für die Parteien, Klubs und Fraktionen im Rathaus. Das ist zu viel! Gerade in Zeiten, in denen die öffentlichen Schulden stark steigen, Konsolidierungsmaßnahmen unvermeidlich und die Teuerung auf breite Bevölkerungsschichten durchschlägt, muss die Politik mit gutem Beispiel vorangehen und bei sich selber den Sparstift ansetzen!

Ja, auch die Politik muss ihren Beitrag leisten und bei sich selbst am meisten sparen! Das bedeutet nicht, dass die Parteien zukünftig ohne Fördermittel auskommen müssen, sondern nur, dass sie den Gürtel zukünftig enger schnallen müssen. Es gibt in Österreich einen breiten Konsens aller Parteien, dass eine öffentliche Parteienfinanzierung wünschenswert ist. Davon ist auch unsere Demokratie am Ende des Tages abhängig, doch die Politik darf sich nicht der Debatte über die angemessene Höhe der Parteienförderung entziehen. Angesichts der dramatischen Budgetsituation in Graz plädieren NEOS für eine Halbierung der Parteienförderung. Damit kann die Stadt Graz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Signal setzen, um zu zeigen, dass die Politik dazu in der Lage ist, den Sparstift auch bei sich selbst anzusetzen. Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht das Land Steiermark am Petitionsweg, den Betrag in § 6f (1) des Landesverfassungsgesetz vom 11. Dezember 2012 über die Förderung der politischen Parteien im Land Steiermark (Steiermärkisches Parteienförderungs-Verfassungsgesetz) (StPFöLVG) zur Finanzierung der Förderung der Stadtparteien für ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung auf Stadtebene – insbesondere für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlwerbung, die Sicherstellung des personellen und sachlichen Aufwandes, die Aus- und Weiterbildung sowie Beratung von Gemeindefunktionär:innen von derzeit mindestens 5,00 und höchstens 5,45 Euro je bei der letzten Gemeinderatswahl in ihrem Gemeindegebiet wahlberechtigter Person auf mindestens 2,50 und höchstens 3,00 Euro zu senken.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (18.39 Uhr).

GR Dr. **Hackenberger**:

Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer hier und an den Bildschirmen, liebe Antragstellerin. Du hast selbst erkannt, dass eine öffentliche Parteienförderung für eine Demokratie unerlässlich ist. Sie garantiert den Umstand, dass Mandatarinnen und Mandatare unabhängig arbeiten können, dass sie nicht auf Zuwendungen gegen Gefallen angewiesen sind, dass sie möglichst wenig kompromittierbar und möglichst unbeeinflussbar arbeiten können. Ich meine jetzt, und spreche nicht an die Kriminellen, von denen wir in den letzten Tagen aus Brüssel gehört haben, sondern ich meine damit, dass Parteien und Politiker:innen eine Arbeitsumwelt brauchen, in der sie nicht von Gnadenzuwendungen abhängig sind. Was machen Parteien und Politiker:innen, wenn sie keine Rechtsansprüche auf eine ausreichende Budgetierung ihrer täglichen Arbeit haben? Sie werfen sich Organisationen und Unternehmen an den Hals, denen sie dann in irgendeiner Art und Weise gefällig sein müssen. Ich will keine amerikanischen Verhältnisse, wo Sie sehen können, dass Waffenfabriken deswegen an dem Ort sind, wo sie stehen, weil die örtlichen Politiker der Industrie entsprechende Gefälligkeiten erwiesen haben. Und ich sage es ganz offen, es hat mich bei den Neos speziell, zumindest am Anfang, ziemlich irritiert, dass sie von einem sehr wohlhabenden Industriellen gefördert wurden, über die Maßen, würde ich einmal sagen. Das ist offensichtlich schon einige Zeit nicht mehr, zumindest nicht mehr in diesem Ausmaß, der Fall. Und ich stelle außer Streit, dass wir froh sein müssen, dass wir die Neos haben im politischen Spektrum. Das ist für mich keine Frage. Ich bin nicht überzeugt davon, dass eine Halbierung der Zuwendungen an die Parteien, an die Politik gewährleisten kann, dass die Arbeit weiter in dem Ausmaß und in der Qualität geleistet wird. Darüber liegen mir zumindest überhaupt keine Zahlen und keine Untersuchungen vor. Deswegen kann ich das als Argument nicht akzeptieren. Und letztendlich kann man auch den ORF als gutes Beispiel in das Parallele heranziehen, bei dem, egal ob das derzeitige System jetzt sehr gerecht ist oder ein Systemwechsel sinnvoll ist, bei dem wir sehr, sehr froh sein können, dass er von der Allgemeinheit unterhalten wird und damit eine ausreichende Objektivität für sich in Anspruch nehmen kann, weil er eben von der öffentlichen Hand

beziehungsweise von allen Bürgern dieses Landes und nicht von Unternehmungen oder sonstigen Konstrukten gefördert wird. Wir werden also diesem Antrag weder hinsichtlich der Dringlichkeit noch inhaltlich zustimmen können. Dankeschön (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Hoher Gemeinderat, sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Sabine. Zu deinem Antrag, danke, dass du ihn eingebracht hast. Das ist eine angeregte Diskussion zu einem wichtigen Thema. Nur leider können wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zustimmen. Und dies aus Gründen wie folgt: Zum einen muss man sagen, wir verfolgen natürlich ohne Zweifel das gleiche Ziel, nämlich das Stadtbudget, die finanzielle Lage der Stadt Graz wieder in ruhigere Gewässer zu bringen, da endlich wieder für Klarheit und für Sicherheit zu sorgen. Aber ich denke, nur durch die Halbierung der Parteienförderung alleine wird sich das nicht lösen lassen. Da braucht es grundlegendere Reformen, da braucht es ganz andere Maßnahmen, um das Problem zu lösen. Zum anderen muss ich eines sagen, und da hat der Kollege Hackenberger das sehr, sehr gut und treffend ausformuliert, Verhältnisse wie in den USA, wo wirklich die Großspender die Politik in der Tasche haben, das wollen wir wirklich nicht. Und man muss eines ganz klar sagen, auch in Österreich hat es diese Entwicklungen schon gegeben und man darf den Haselsteiner da nie vergessen. Man darf aber auch einen anderen Mann in diesem Zusammenhang nicht vergessen, das ist umso bemerkenswerter, weil gerade der große Prozess in München läuft, Markus Braun, auch jemand, der die Neos über viele, viele Jahre mit 100.000 Euro unterstützt hat. Und da sieht man dann halt schon, dass eben diese Spenden dazu genutzt werden, um politische Parteien zu vereinnahmen, um sich den Goodwill, das Wohlwollen der Parteien zu sichern und das müssen wir ablehnen. Natürlich, nur weil es eine Parteienförderung gibt, nur weil es eine Klubförderung gibt, nur weil die Gehälter der Abgeordneten gut sein mögen, verhindert es nicht, dass man trotzdem Spenden sammelt, dass man trotzdem sich korrumpieren lässt. Aber wenn man die Möglichkeiten, die Arbeitsbedingungen für die Parteien ganz, ganz schlecht macht,

wenn man ganz, ganz wenig zur Verfügung stellt, dann drängt man die Parteien ja regelrecht in diese Situation. Ganz allgemein muss auch eines sagen, wir leben nun einmal in einer Parteiendemokratie. Die Parteien sind ein wesentlicher Bestandteil dieses demokratischen Systems. Es mag andere Modelle geben, es mag Modelle geben, oder eben auch in den USA, wo der einzelne Abgeordnete schon fast stärker ist als seine Wahlliste, schon fast stärker ist als seine Wahlpartei, kann man darüber reden, aber dann müsste man das gesamte System ändern, wobei, wie gesagt, gerade in den USA auch dieses Anderssein nicht unbedingt dazu geführt hat, dass die ganze Situation eine bessere ist. Aus diesem Grund können wir leider diesem Antrag weder in der Dringlichkeit noch im Inhalt zustimmen, aber danke, dass wir über dieses Thema diskutieren durften (*Appl.*).

KO GR Ehmman:

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleg:innen und Gemeinderat, auf der Galerie, im Livestream, liebe Antragstellerin. Ja, more of the same, ich sehe das ähnlich wie alle zuvor, denn die Parteienfinanzierung ist ein wichtiges Instrument, um demokratiepolitische Unabhängigkeit zu gewähren, und ich glaube, um zu leisten, und ich glaube, das ist sehr wichtig bei uns, und das halten wir sehr hoch, aber bewusst, eben genau, so wie es Vorrednerinnen und Vorredner schon angesprochen haben, es sorgt, es schließt nicht aus, das muss ich auch an dieser Stelle sagen, wie wir schon oft gesehen haben, aber es sorgt vor Korruption vor, es sorgt vor Anfälligkeit vor, es sorgt vor Anlassgesetzgebungen vor. Und da erinnere ich nur, da hat es Beispiele gegeben in Österreich, denken wir an die Einführung des 12-Studentages, der vielleicht in Zusammenhang mit gewissen Spenden bestärkt wurde oder dadurch erst richtig ins Treffen geführt wurde gegen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerinteressen. Also das heißt, ich glaube, dass eine gute Grundausstattung trotzdem Garant sein muss und kann, das aber mit einem entsprechenden Reglement, aber diese Spenden, die der Kollege Pascuttini auch gesprochen hat, dafür gibt es aber ein klares Reglement, wie die zu deklarieren sind und wo nicht. Also ich glaube, da kann man auch diese Dinge

auch immer wieder sich anschauen und evaluieren, ob das ausreichend ist, ob das nicht verbessert werden muss oder wie auch immer, da bin ich dabei, aber grundsätzlich, wie gesagt, ein wichtiges Instrument für die Demokratie, deswegen halte ich von der Debatte nichts. Stellt euch vor, ich müsste heute dastehen mit lauter Pickerln am Hemd oben, wo ich hingehöre oder von wem ich finanziert werden, mit einer Sportwerbung. Also das wäre absolut komisch, würde ich es finden, und daher werden wir diesem Antrag nicht zustimmen, weder im Inhalt noch in der Dringlichkeit. Danke (*Appl.*).

GR Gostentschnigg:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch von meiner Seite einen schönen guten Abend. Ich werde versuchen, mich kurz zu halten ab der fortgeschrittenen Stunde. Zu diesem Antrag von den Neos darf ich natürlich bekanntgeben, dass die KPÖ diesem Antrag sowohl in Dringlichkeit als auch im Inhalt natürlich gerne die Zustimmung geben wird. Warum? Ja, wie der Kollege Hackenberger schon angesprochen hat, die öffentliche Parteienförderung ist wichtig. Nicht alle haben den Herrn Haselsteiner im Rücken, nicht alle wollen Spenden von großen Industriellen, von Banken, von Konzernen annehmen, die dann doch wieder, wie wir in der Vergangenheit gesehen haben, Kollege Ehmann hat es angesprochen, hier und da vielleicht doch, man munkelt, Einfluss haben könnte auf die Willensbildung im Parlament. Die Höhe dieser Klubförderung ist aber mit Sicherheit verhandelbar, und die Neos haben hier heute einen Vorschlag gemacht, wo wir gerne mitgehen. Zur Erinnerung, ist heute auch schon angesprochen worden, die Klubförderung, und da hat die Stadt Graz das ja selbst in der Hand und muss nicht an das Land herantreten, haben wir ja bereits angepasst und als KPÖ haben wir als größte Fraktion bei uns auch am meisten gespart. Ich möchte allerdings, und Sie erlauben mir, dass ich bereits jetzt, da der Antrag leider, wie sich abzeichnet, keine Mehrheit finden wird, bereits den Zusatzantrag vorstelle, den ich gerne eingebracht hätte, weil es doch ein verwandtes Thema ist. Die Neos schreiben in dem Antrag: Die Politik muss ihren Beitrag leisten und

bei sich selbst am meisten sparen. Völlig richtig, und wo sparen die Politiker mehr bei sich selbst, als wenn sie die eigenen Gehälter angehen? Da gibt es nämlich gewaltigen Handlungsbedarf, nicht nur die Parteienförderung ist hier zu Lande üppig, auch die Politikergehälter sind im europäischen Spitzenfeld. Ein paar Zahlen, vielleicht haben Sie meinen Antrag gelesen, vielleicht auch nicht, der Herr Bundeskanzler Nehammer beispielsweise genehmigt sich eine Bruttomonatsgage von 22.640 Euro, ab nächstem Jahr sind es sogar 23.840. Auch in der Steiermark erfreut sich der Landeshauptmann über einen Bruttobezug von 17.800 Euro. Warum ist es ein Problem? Gewisse Gesetzgebungen und auch Wortmeldungen lassen doch die Vermutung zu, dass abgehobene Politikergehälter zu abgehobener Politik führen. Ich erinnere nur an Wortspenden von der ÖVP-Nationalratsabgeordneten, die gesagt hat, die Leute haben ja nur das Gefühl, sie könnten sich das Leben nicht mehr leisten. Auch unser Herr Bundespräsident van der Bellen hat, darauf angesprochen, wie junge Menschen durch die Krise kommen sollen, in einer ersten Reaktion gemeint, Zähne zusammenbeißen und das wird schon irgendwie gehen. Es geht eben nicht, das ist das Problem allerdings. Wie sollen das Leute wissen, wenn sie einfach das Fünf- bis Vielfache der Normalbevölkerung verdienen. Deshalb sollten wir auch über das Thema Politikergehälter reden, die mit Sicherheit gesenkt gehören. Wir haben das auch im Landtag Steiermark bereits zum Thema gemacht, das letzte Mal im Dezember 2020, da hat der Antrag, die Politikergehälter, die steirischen, sollten um 30 % gekürzt werden, leider nur die Zustimmung der Kommunistischen Partei gefunden, alle anderen Fraktionen waren dagegen, auch die Neos. Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Zusatzantrages:

Nicht nur die Parteienförderung ist hierzulande üppig – auch die Polit-Bezüge liegen im europäischen Spitzenfeld. Satte 25.357 Euro brutto „verdient“ Bundespräsident Alexander van der Bellen monatlich. Ab 1.1.2023 werden es sogar 26.701 Euro sein. Auch Bundeskanzler Nehammer nagt nicht am Hungertuch: Er freut sich über eine

Monatsgage von 22.640 Euro brutto, die sich mit dem Jahreswechsel auf 23.840 Euro erhöhen wird.

Ein Blick auf die steirische Politbezugstabelle zeigt: Auch in unserem Bundesland schauen die Spitzenpolitiker:innen gut auf sich selbst. 17.814 Euro brutto pro Monat bezieht Landeshauptmann Drexler. Ab 1.1.2023 werden es 18.756 Euro sein. Mit diesem Einkommen bekannte er sich im Gespräch mit dem profil vor wenigen Wochen im Übrigen „gefühlsmäßig schon zum Mittelstand“, stellt aber fest: „Spätestens beim Landeshauptmann hört die Mittelschicht auf.“ Als Referenz: Das steirische Bruttomedianeinkommen lag 2021 bei 2.859 Euro. Von einem nachvollziehbaren Verhältnis zu den durchschnittlichen Arbeitseinkommen kann also gelinde gesagt nicht die Rede sein. Daraus resultiert ein offensichtliches Problem: Politische Entscheidungsträger:innen, die durch ihre sehr hohen Bezüge von der Lebensrealität der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit weit entfernt sind, können erfahrungsgemäß die Folgen ihres Handelns für diejenigen, die mit einem (unter)durchschnittlichen Einkommen das Auslangen finden müssen, nur ungenügend abschätzen. Dies ist gerade in Zeiten wie diesen, wo immer mehr Menschen ob der enormen Preiserhöhungen finanziell kaum bis gar nicht mehr über die Runden kommen, ein unerfreulicher Zustand, den es zu ändern gilt. Ich stelle namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs daher folgenden

Zusatzantrag:

Der Antrag wird um folgenden Punkt ergänzt:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Steiermärkische Landesregierung am Petitionsweg, dem Landtag Steiermark eine Novelle des Steiermärkischen Bezügesetzes vorzulegen, die eine Reduktion der Bezüge der Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung und des Landtages Steiermark um mindestens 30 %vorsieht.

GRⁱⁿ Hopper:

Liebe Kollegin Reininghaus, viele lieben Dank für den Antrag. Ich darf hier ganz kurz rauskommen, weil es mir, und ich glaube, ein paar anderen Vertretern in diesem Saal, ein Anliegen ist, eine tatsächliche Berichtigung hier kurz in den Raum zu stellen. Lieber Simon, ich teile sehr wenig der von dir gesagten Meinung, und das ist vollkommen in Ordnung so. Was aber de facto nicht stimmt, ist, dass sich der Bundeskanzler oder irgendein anderer Politiker auf Bundesebene oder auf Landesebene sich selbst ein Gehalt genehmigt (*Appl.*).

Wir leben in der Demokratie, wo diese Gehälter fixiert sind, wo die Gehälter mehrheitlich beschlossen sind. In diesem Fall nicht von euch, weil ihr nicht vertreten seid im Nationalrat, und das ist natürlich auch euer gutes Recht, das zu fixieren und das auch zu kritisieren und zu sagen, okay, wir sind einer anderen Meinung, aber hier zu unterstellen, dass ein Bundeskanzler oder irgendein anderer politisch gewählter Mandatar, auch wir die wir hier sitzen, uns selber aussuchen, wie viel wir gerade verdienen sollen. Das ist de facto nicht so und das möchte ich aufs Schärfste zurückweisen. Und ich hoffe, dass du das auch in dieser Form zurücknimmst, weil das ist einfach schlichtweg falsch (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Danke für den Hinweis. Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann bitte ich die Antragstellerin um das Schlusswort.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Ein bisschen muss ich mich wundern über eure Wortmeldungen. Ihr tut ja geradezu so, als wäre die Unabhängigkeit politischer Parteien in Frage gestellt, wenn wir an der Parteiförderung ein bisschen herumschrauben und die ein bisschen reduzieren. Ich habe nicht behauptet, dass wir die Parteiförderung streichen, dass Parteien ohne Geld dastehen. Ich bin genau der Meinung wie Sie, dass das wichtig ist, dass die Arbeit der

Parteien finanziert wird, damit man nicht, wie hat der Kollege Gerhard Hackenberger gesagt, Gnadenspenden, also von Gnadenspenden abhängig ist als politische Partei. Das war auch nicht Sinn und Zweck meines Antrages. Es tut mir leid, dass Sie das so falsch verstanden haben. Es tut mir auch leid, dass Sie so wenig Gefühl für die Grazer und Grazerinnen haben, denen es ganz schlecht geht. Ich denke, wir können durchaus bei unseren üppigen Parteifinanzierungen auf ein bisschen Geld verzichten. Vielen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Neos und Lohr) abgelehnt.

Ende der Dringlichkeitsanträge: 18.55 Uhr